Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 24. August 2026

Eröffnung der Stadtratssitzung

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Geschätzte Damen und Herren, ich eröffne die Stadtratssitzung und begrüsse euch, werte Kolleginnen und Kollegen vom Stadtrat und vom Gemeinderat, die anwesenden Personen aus der Verwaltung, Vertreterinnen und Vertreter der Medien und vor allem auch unsere Gäste zur 5. Sitzung des Jahres 2026. Ich bitte unsere Stadtratssekretärin Barbara Labbé um den Appell.

- 36 Stadträtinnen und Stadträte sind zum Appell anwesend[1].
  - 3 Mitglieder des Stadtrates sind für die ganze Sitzung entschuldigt abwesend.
- 6 Mitglieder des Gemeinderates und der Stadtschreiber Marc Häusler (Sekretär Gemeinderat) sind anwesend.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Zuhanden des Protokolls stelle ich folgendes fest: 36 Stadträtinnen und Stadträte sind anwesend, vier Mitglieder sind zurzeit abwesend. Ich wünsche vor allem Janina Müller Heiniger gute Besserung. Der Gemeinderat ist vollständig anwesend, soweit die Ämter besetzt sind. Zuhanden des Protokolls stelle ich weiter fest, dass der Stadtrat beschlussfähig ist und der Versand der Traktandenliste und der Aktenauflage vorschriftsgemäss erfolgte. Die Traktandenliste und die Akten sind auch auf der Webseite unserer Stadt aufgeschaltet. Gibt es Bemerkungen zur Traktandenliste? Das ist nicht der Fall. Bevor wir zu Traktandum Nr. 1 schreiten, möchte ich den edlen Spenderinnen oder Spendern dieses Apfels ganz herzlich danken. Ich hoffe, es kommt heute nicht zum Apfelschuss. Besten Dank für die liebenswürdige Geste.

[1] Ein Stadtratsmitglied trifft mit angekündigter Verspätung ein. Somit sind 37 Stadträtinnen und Stadträte anwesend.

Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 24. August 2026

1. Betriebsfinanzierung Kulturverein OldCapitol für die Jahre 2027-2030: Genehmigung Leistungsvereinbarung und Kreditbewilligung

I Eintreten:

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Unter Traktandum Nr. 1 geht es um die Genehmigung der Leistungsvereinbarung sowie die Kreditbewilligung betreffend die Betriebsfinanzierung Kulturverein OldCapitol für die Jahre 2027-2030. Ist das Eintreten bestritten? Das Eintreten scheint nicht bestritten zu sein und wird damit stillschweigend genehmigt.

II Beratung:

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Wir kommen zur Beratung und beginnen mit der Berichterstattung. Ich übergebe das Wort an Gemeinderat Patrick Fluri, Ressortvorsteher Kultur und Sport.

Gemeinderat Patrick Fluri (SVP): Geschätzte Anwesende, bei diesem Geschäft geht es um die Unterstützung des OldCapitol für die nächsten vier Jahre. Die finanzielle Unterstützung der Stadt für das OldCapitol ist durch Gemeinderatsbeschlüsse bis Ende 2026 gesichert. Im Sommer 2025 fanden erste Gespräche zwischen der Stadt und dem OldCapitol statt. Dabei ging es um die Klärung der finanziellen Situation und um die Frage, wie man ab 2027 die Anschlusslösung sieht und worauf wir hinarbeiten wollen?

Im November 2025 erhielten wir dann das erste Gesuch mit einem Antrag für einen jährlichen Betriebskostenbeitrag von Fr. 65’000.00. Wir diskutierten dies intern, besprachen und wogen es ab. Im Februar 2026 fand das erste Treffen zwischen der Stadt, dem OldCapitol und dem Kanton statt. Als wir das Gesuch und die Zahlen mit dem OldCapitol besprachen, ging es um die Klärung, wie man weiterfahren will, ob es Stolpersteine gibt und was eventuell noch fehlt. Man blieb dann im Austausch und im Jahr 2026 teilten wir dem OldCapitol unsere Förderabsicht seitens des ABiKuS[1] mit.

Danach war noch das Einreichen von zusätzlichen Unterlagen und Angaben nötig, und wir besprachen zudem das weitere Vorgehen bezüglich des Behördenweges, damit wir ab 2027 nicht ohne städtischen Beitrag dastehen. Im April 2026 erging das ergänzte Gesuch des OldCapitol an die Stadt, wonach man jährlich Fr. 40’000.00 für die nächsten vier Jahre beantragt. Anhand dieses Gesuchs verfassten wir dann auch den B&A und schickten ihn auf den Behördenweg. Parallel dazu arbeiteten wir mit dem OldCapitol den Leistungsvertrag aus und erstellten auch ein Reporting in Anlehnung an Dokumente, die man bereits auch beim Kanton und anderen Kulturinstitutionen einsetzt. Im Juli 2026 verabschiedete dann der Gemeinderat das Geschäft zuhanden des Stadtrates, so wie es hier heute vorliegt. Das OldCapitol entwickelte sich in den letzten Jahren zu einer wichtigen Kulturinstitution in Langenthal, mit einer Ausstrahlung weit über Langenthal hinaus, und ich denke, mit dieser Unterstützung geben wir ein wichtiges Zeichen; einerseits an das OldCapitol, aber auch an den Kanton. Die Arbeit des OldCapitols schätzen wir sehr, und damit erhalten sie Planungssicherheit für die nächsten vier Jahre. Merci für die Unterstützung dieses Geschäfts.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Besten Dank. Gemeinderat Patrick Fluri. Die Berichterstattung der GPK übernimmt Stadtrat Michael Schenk (SVP).

Michael Schenk (SVP): Werter Stadtratspräsident, werte Anwesende, die GPK stellte diverse Fragen, die auch beantwortet werden konnten. Entsprechend beschlossen wir die formelle Richtigkeit. Der Beitrag an das OldCapitol wurde bereits im Jahr 2021 von Fr. 15’000.00 auf Fr. 25’000.00 erhöht und nun folgt voraussichtlich eine Erhöhung auf Fr. 40’000.00. Der Kanton zog dort jeweils ein bisschen nach und erhöhte auch seinerseits den Betrag. Dazu fragten wir uns, ob das weiterhin gegeben ist oder ob zumindest die Möglichkeit dazu besteht? Das konnte man uns nicht sagen, da dies zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht beantwortet werden kann. Da sind wir dann gespannt, was der Kanton macht. Dabei gibt der Kanton nur Beiträge an das Programm und die Stadt gibt Beiträge an den gesamten Betrieb. Das ist der Unterschied. Nachher war noch eine Frage, ob die Stadt nicht die Schulden des OldCapitols übernehmen könnte, weil es dadurch möglich

[1] ABiKuS = Amt für Bildung, Kultur und Sport

wäre, dass man von einer Unterstützung durch das Kulturförderungsgesetz profitieren könnte. Wenn man Schulden hat, geht das eben nicht. Darauf erhielten wir die Antwort, dass dies im Moment kein Thema ist. Zuletzt ging es noch um die Frage, ob dieser jährliche Betriebsbeitrag über Fr. 40'000.00 für die nächsten vier Jahre ausreicht. Hier sicherte man uns seitens des OldCapitol zu, dass es eigentlich reichen sollte. Das waren in etwa die Fragen, die man uns beantwortete.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Besten Dank. Das Wort haben jetzt die Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher. Als erstes meldet sich Fabian Fankhauser für die GLP/EVP-Fraktion.

Fabian Fankhauser (GLP): Geschätzter Herr Stadtratspräsident, werte Gemeinderäte, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Anwesende, ich bin mir sicher, die meisten hier im Saal wissen es, aber im Sinne der Transparenz – und ihr wisst ja, die schreiben wir bei jeder Regierungsgewalt sehr hoch – weise ich hier jetzt noch einmal darauf, dass ich ein aktives Mitglied des OldCapitols bin, sodass ich bei diesem Traktandum sicherlich zwei Hüte aufhabe. Aber hier rede ich nun in erster Linie als Fraktionssprecher der GLP/EVP-Fraktion. Fast auf den Tag genau, seit mittlerweile nun neun Jahren, ist das OldCapitol geöffnet und ist, und das darf man wohl so sagen, ein fester Bestandteil des Kulturangebots in Langenthal. Von Kinderkonzerten bis Seniorendiscos ist generationenübergreifend für fast alle etwas zu finden. Die Zuschauerzahlen von rund 25'000 Personen zeigen auch, dass das Angebot breiten Zuspruch findet.

Im brancheninternen Vergleich weist das OldCapitol einen massiv überdurchschnittlichen Selbstfinanzierungsgrad auf. Um euch das vielleicht zu veranschaulichen, kann ich festhalten, dass die städtische Subvention pro Ticket, je nach Rechenart, im Moment bei lediglich zwischen Fr. 1.00 und Fr. 2.50 liegt. Zudem konnte man jetzt mehrmals mit schwarzen Zahlen abschliessen, was alles super klingt. Aber wieso braucht es denn dann überhaupt eine Erhöhung? Das ganze Wachstum wurde von einem Betrieb gestemmt, der nicht die Strukturen aufweist, um die Anzahl Events effektiv tragen zu können. So hatten die schwarzen Zahlen insofern ihren Preis, da viele unbezahlte Überstunden und ehrenamtliche Einsätze geleistet werden mussten. Zudem kann sich das OldCapitol mit den bestehenden Strukturen kaum weiterentwickeln, sodass strategische Arbeiten fast immer ein bisschen liegenbleiben, weil das Tagesgeschäft eben derart vereinnahmend ist. Dieser Zustand ist längerfristig nicht tragbar und aufgrund dessen gelangte dann das OldCapitol an die Stadt. Nach der internen Analyse zeigte sich, dass die Probleme primär struktureller Natur sind und die Entlastung fast nur über zusätzliche Stellenprozente gestemmt werden kann; zumindest dann, wenn man den Betrieb in diesem Ausmass weiterführen will. Man kam dabei auf einen städtischen Beitrag von Fr. 65'000.00, was einer Erhöhung von Fr. 40'000.00 entspricht. Man ging damals noch davon aus, dass der Kanton die Beiträge subsidiär mittragen würde. Insgesamt hätte das zu einer Erhöhung von Fr. 80'000.00 geführt.

Das ist viel Geld, was uns sehr wohl bewusst ist. Aber ich glaube, dass man hier auch keine "Pflästerlipolitik" betreiben, sondern die strukturellen Probleme lösen wollte und dies auch offen so darlegte. Später kam dann per Mail der Bescheid, dass seitens der Stadt eine Erhöhung um etwa Fr. 15'000.00 vorgesehen ist. Es stellte sich heraus, dass die Situation mit dem Kantonsbeitrag aus mehreren Gründen nicht so klar ist, wie man zuerst dachte. Unter dem Eindruck, dass es entweder diese Fr. 15'000.00 gibt oder gar nichts, begann man dann im OldCapitol entsprechend umzuplanen. Dabei schaute man, was mit einer Erhöhung von Fr. 15'000.00 strukturell zu lösen wäre. Es ist offensichtlich, dass dies zu einem grossen Unterschied an Unterstützung führt, eine strukturelle Entlastung so aber nicht sofort möglich ist.

Die GLP/EVP-Fraktion ist überzeugt, dass das OldCapitol aus dem zusätzlichen Beitrag das Beste machen wird. Schliesslich zeigte es bereits in der Vergangenheit eine beeindruckende Resilienz, auch wenn das Marktumfeld zwischendurch extrem schwierig war oder wurde. Trotzdem können wir uns vorstellen, dass es eben langfristig nicht die Entlastung bringt, die man sich anfangs erhoffte und dass wir hier im Rat vielleicht nicht das letzte Mal darüber reden. Wir sind überzeugt, dass das OldCapitol mit seiner Positionierung in Langenthal nicht in Konkurrenz mit anderen Kulturlokalen steht, sondern eine passende Ergänzung bietet. Gerade aufgrund dessen soll die angestrebte Erhöhung auch kein Verteilkampf darstellen. Vielmehr vertreten wir dezidiert die Meinung, dass der Beitrag nicht bei anderen Kulturhäusern kompensiert wird. Insofern

appellieren wir hier auch an die Vertreter:innen von anderen Kulturlokalen, dass die Solidarität zwischen den Kulturhäusern spielen sollte. Wir haben eher wenig Verständnis, wenn es da Querfronten geben sollte. Nicht, dass dann plötzlich die GLP/EVP-Fraktion die Einzige ist, die höhere Kultursubventionen einstimmig unterstützt. Zusammengefasst kann ich sagen, dass unsere Fraktion den vorliegenden Antrag einstimmig annehmen wird und wir uns freuen, wenn ihr das auch macht. Wir danken dem Gemeinderat für den vorliegenden Antrag und ich danke allen, die uns folgen.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Besten Dank, zuhanden des Protokolls stelle ich fest, dass jetzt 37 Stadträtinnen und Stadträte anwesend sind. Und nun erteile ich weiteren Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprechern das Wort. Dazu meldete sich nun Jana Fehrensen von der FDP/jll/L49-Fraktion.

Jana Fehrensen (FDP): Geschätzter Stadtratspräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste, wenn man sich anschaut, was das OldCapitol über die Jahre aufgebaut und geleistet hat, darf man das durchaus einmal ausdrücklich würdigen. Hinter jedem Konzert, jeder Veranstaltung und hinter jedem gelungenen Abend stehen Leute, die mit viel Leidenschaft, Engagement und viel Ausdauer dafür sorgen, dass dieser Ort funktioniert. Und das ist nicht selbstverständlich. Das OldCapitol schafft es, ein vielfältiges Programm nach Langenthal zu bringen und gleichzeitig auch lokalen und regionalen Künstlern Platz zu bieten. Und genau diese Verbindung macht das OldCapitol für unsere Stadt so wertvoll.

Kultur ist nicht einfach ein schöner Zusatz zu einer Stadt, sondern Kultur schafft Identität, sie schafft Begegnungen, sie macht eine Stadt lebendig und attraktiv und sie trägt dazu bei, dass die Menschen gerne hier leben. Unsere Fraktion findet deshalb, dass die Stadt mit dieser Leistungsvereinbarung ein richtiges Zeichen setzt. Wir anerkennen damit die bisher geleistete Arbeit und gewähren gleichzeitig die notwendige Planungssicherheit für die kommenden Jahre. Und vielleicht ist es gerade bei einer Institution, die noch so jung ist wie das OldCapitol, wichtig, auch einmal zu sagen: Wir schätzen, was ihr für Langenthal macht, wir wissen um euren Einsatz und wir wollen durchaus, dass es euch auch in Zukunft noch gibt. Und deshalb sagt unsere Fraktion einstimmig Ja zu dieser Leistungsvereinbarung und zu dieser Kreditbewilligung. Wir danken dem OldCapitol-Team ausdrücklich für sein grosses Engagement, für die vielen Arbeitsstunden, die hinter den Kulissen geleistet werden, und vor allem dafür, dass es in Langenthal immer wieder Raum schafft für Musik, Kultur und Begegnungen. Wir freuen uns auf viele weitere Abende im OldCapitol und unterstützen diesen Eintrag einstimmig und mit voller Überzeugung. Vielen Dank.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Danke. Das Wort hat nun Michael Schenk für die SVP-Fraktion.

Michael Schenk (SVP): Auch die SVP-Fraktion unterstützt das Geschäft einstimmig. Die SVP bedankt sich beim OldCapitol für die Kulturarbeit und für die Bereicherung des Stadtlebens. Das schätzen wir sehr. Nicht zu vergessen sind die vielen Fronstunden, die für das Gelingen des Kulturbetriebs nötig sind. Das ist nicht selbstverständlich. Merci all denjenigen, die im Hintergrund arbeiten und die man nicht sieht. Wir befürworten auch das Vorgehen des Gemeinderates, dass in guter Zusammenarbeit mit der Geschäftsführung des OldCapitols ein ausgearbeiteter Antrag umgesetzt werden konnte. Weiter finden wir es auch gut, dass ein Vertrag ausgearbeitet wird, bei dem die Leistung jährlich überprüft wird und man so auch regelmässig in Kontakt ist und allenfalls Probleme frühzeitig erkennen kann. Wir wünschen dem OldCapitol weiterhin viel inneres Feuer für ihre Arbeit. Ich hoffe, es brenne noch lange und wird nicht erlöschen. Danke vielmals.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Besten Dank. Für die SP/GP-Fraktion spricht Sandro Baumgartner.

Sandro Baumgartner (SP): Liebe alle, auch wir danken dem OldCapitol und all diesen Leuten für all diese freiwillige Arbeit und auch für das Herzblut, das dort drinsteckt. Wir sind überzeugt, dass das ein erster Schritt in die richtige Richtung ist, aber sicherlich nicht der letzte sein wird. Die Kultur in Langenthal hat einen grossen Stellenwert, nicht nur beim OldCapitol, sondern auch bei anderen Institutionen. Darum unterstützen wir einstimmig den Beitrag von Fr. 40’000.00 und freuen uns, wenn die Stadt Langenthal in Zukunft noch einen Batzen mehr für die Kultur auf die Seite legen kann; nicht nur für das OldCapitol, sondern auch für die anderen Institutionen, die wertvolle und freiwillige Arbeit für Langenthal leisten. Dennoch

freuen wir uns, im OldCapitol dann wieder einmal hinter oder vor der Bar zu sein und dort unvergessliche Momente zu verbringen. Merci vielmals für euren Einsatz, für euch, für alle Helfenden, und macht weiter so.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Somit kommen wir zu den Einzelsprecherinnen und Einzelsprechern. Wer wünscht das Wort? Niemand? Doch, Jana Fehrensen (FDP) kommt nochmals als Einzelsprecherin.

Jana Fehrensen (FDP): Also ich habe eine grosse Erwartung. Voraussichtlich sprechen wir hier 40’000.00 Kulturfranken, falls sich alle Fraktionen daranhalten. Sie werden durch unsere Steuern finanziert und ich erwarte von den Behörden der Stadt, insbesondere auch von ABiKuS und vom Gemeinderat, dass sie alles Notwendige tun, um den Kanton dazu zu bewegen, diesen Kulturfranken zu verdoppeln und dem OldCapitol auch wirklich tatkräftig unter die Arme zu greifen.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Gibt es weitere Wortmeldungen aus der Mitte des Parlaments? Nein, ich glaube, nun übersah ich definitiv niemanden mehr. Wenn dem so ist, erkläre ich die Beratung als geschlossen. Wünscht der Gemeinderat noch ein Schlusswort? Das ist nicht der Fall und wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag des Gemeinderates gemäss Beschlussentwurf Ziffer 1 bis Ziffer 4 zustimmen will, zeigt das jetzt mit seiner Stimmkarte. Danke. Gibt es Nein-Stimmen? Gibt es Enthaltungen? Besten Dank.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein bei 1 Enthaltung:

1. **Die Leistungsvereinbarung mit dem Kulturverein OldCapitol für die Jahre 2027-2030 im Entwurf vom 1. Juni 2026 mit einem jährlichen Betriebskostenbeitrag von Fr. 40'000.00 wird genehmigt.**
2. **Der hierfür erforderliche Verpflichtungskredit in der Höhe von insgesamt Fr. 160'000.00 wird bewilligt.**
3. **Der jährliche Teilbetrag von Fr. 40'000.00 wird in den Jahren 2027-2030 im Budget der Erfolgsrechnung, Konto 6251.3636.00 "Betriebskostenbeitrag", eingestellt.**
4. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

2. Finanzplan 2027 – 2031: Kenntnisnahme

I Eintreten:

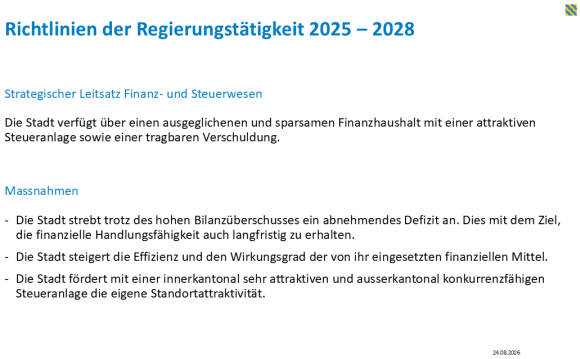
Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Damit kommen wir zum Traktandum Nr. 2 mit dem Finanzplan 2027 bis 2031. Es geht um die Kenntnisnahme. Das Geschäft ist zwingend und wir können mit der Beratung starten.

II Beratung:

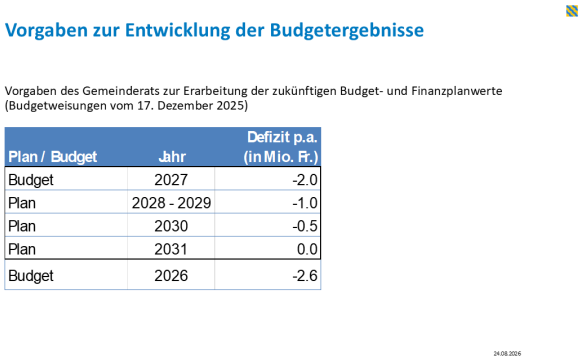
Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Wie üblich hat dazu der entsprechende Gemeinderat Patrick Freudiger, Ressortvorsteher Finanz- und Steuerwesen, das Wort.

Gemeinderat Patrick Freudiger (SVP): Danke. Werter Herr Stadtratspräsident, werte Stadträtinnen und Stadträte, werte Besuchende und Kaderleute aus der Verwaltung und werte Anwesende, ich danke, dass ich euch hier den Investitions- und Finanzplan sowie das Budget vorstellen darf. Es ist gerade ein bisschen viel der Ehre, wenn von "wie üblich" gesprochen wurde, ist es nämlich erst das zweite Mal, dass ich euch die entsprechenden Traktanden präsentieren darf. Aber wie insoweit durchaus üblich, werde ich mir erlauben, den Finanz- und Investitionsplan sowie das Budget unter einmal vorzustellen; dies im Bewusstsein, dass dann die Diskussion nach Traktanden getrennt verläuft. Ich nehme an, dass dies so in Ordnung ist. Gut, dazu gibt es kein Kopfschütteln. Wir haben das Budget und den Finanz- und Investitionsplan sowie die Schlussbemerkungen.

Ich beginne vielleicht mit den Regierungsrichtlinien, was dieselben sind wie letztes Jahr. Das Ziel ist, dass die Stadt über einen ausgeglichenen und sparsamen Finanzhaushalt mit einer attraktiven Steueranlage sowie über eine tragbare Verschuldung verfügt. Dazu gibt es diese drei Mass-nahmen, was ebenso bekannt ist: Das ist ein abnehmendes Defizit, dass die Stadt die Effizienz und den Wirkungsgrad steigert und mit einer innerkantonal attraktiven und ausserkantonal konkurrenzfähigen Steueranlage die eigene Standortattraktivität fördert.



Hier eingeblendet seht ihr die Budgetergebnisse respektive das Defizit, die der Gemeinderat für den Budgetierungsprozess der Verwaltung vorgab und da wäre für das Budget 2027, über das wir jetzt reden, eigentlich ein Defizit von maximal von 2 Mio. Franken zulässig. Im Budget 2026, ganz unten, sieht man diese 2,6 Mio. Franken; das ist das, was wir letztes Jahr hier in diesem Saal verabschiedeten und dem die Bevölkerung auch zustimmte. Und das hier wäre das Ziel, so jedenfalls der Plan, dass man mit dem Defizit schrittweise von oben herunterkommt.



Plan / Budget	Jahr	Defizit p.a. (in Mio. Fr.)
Budget	2027	-2.0
Plan	2028 - 2029	-1.0
Plan	2030	-0.5
Plan	2031	0.0
Budget	2026	-2.6

Ein Überblick über die Steuerbelastung zeigt, dass Langenthal im Vergleich mit anderen Gemeinden eigentlich sehr gut dasteht, insbesondere im Vergleich mit anderen grösseren Gemeinden, was insbesondere auch für die Liegenschaftssteuer gilt.

Vergleich der Steueranlagen der grösseren Gemeinden im Kanton Bern

Gemeinde	Einwohnerzahl per 31.12.2025	Steueranlage natürliche/ juristische Person (2026)	Steueranlage Liegenschaften (2026)
Bern	146'867	1.54 / 1.54	1.50
Biel	58'158	1.63 / 1.63	1.50
Burgdorf	17'530	1.63 / 1.63	1.00
Köniz	44'622	1.58 / 1.58	1.20
Langenthal	**16'395**	**1.44 / 1.44**	**1.00**
Ostermundigen	18'695	1.69 / 1.69	1.50
Thun	44'663	1.66 / 1.66	1.20
Steffisburg	16'548	1.62/ 1.62	1.20

24.08.2026

Im Vergleich mit den umliegenden Gemeinden stehen wir mit dem Steuersatz von 1,44 ebenfalls sehr gut da. Und ja, es ist ebenfalls bekannt, dass mit Blick auf die ausserkantonalen Steuersätze natürlich auch ein tiefer Steuersatz innerhalb des Kantons Bern noch nicht allein Gewähr dafür bietet, dass man aufgrund der hohen Kantonssteuern steuerlich attraktiv ist. Deshalb sind auch steuerlich attraktive Gemeinden im Kanton Bern im Nachteil. Aber wir hörten gerade auch wieder diese Woche bei der Budget-Medienkonferenz, dass man auf Stufe Kanton versucht, hier Remedur zu schaffen, um auch im kantonalen Vergleich ins Mittelfeld zu kommen. Dies mit der Überlegung, dass dann relativ gesehen kommunale Steuersätze wieder eher an Gewicht zunehmen würden, weil es dann wieder interessanter sein könnte, zwischen den Gemeinden zu vergleichen.

Vergleich der Steueranlagen der grösseren Gemeinden in der Region Oberaargau

Gemeinde	Steueranlage natürliche/ juristische Person (2026)	Steueranlage Liegenschaften (2026)
Aarwangen	1.57 / 1.57	1.00
Herzogenbuchsee	1.75 / 1.75	1.00
Langenthal	**1.44 / 1.44**	**1.00**
Lotzwil	1.70 / 1.70	1.20
Madiswil	1.65 / 1.65	1.00
Niederbipp	1.65 / 1.65	1.30
Roggwil	1.71 / 1.71	1.20
Thunstetten	1.65 / 1.65	1.00

24.08.2026

Hier ein kurzer Überblick über die Historie des Budgetergebnisses 2027, wobei ich hier die Zielvorgabe von 2 Mio. Franken bereits erwähnte. Nach der Sitzung mit der Verwaltungsleitung im März 2026 hatte man bereits ein konsolidiertes Bedarfsbudget von damals knapp 3 Mio. Franken vorliegen, sodass man hier bereits sehr nahe an diese Budgetierungsvorgabe herankam. Nach der Begutachtung durch die Finanzkommission lag man sogar bei 1,67 Mio. Franken. Daraufhin erhielten wir für die Lastenausgleichssysteme zusätzlich die neuen Zahlen des Kantons. Ich komme dann später noch kurz darauf zu sprechen. Sie kennen nur einen Weg, und das ist nach oben. Der Aufwand nimmt Jahr für Jahr zu, und zwar auch gegenüber den Finanzplanprognosen des Vorjahres. Darum verdüsterten sich die Werte bis zum Schlusswert von 1,983 Mio. Franken wieder ein Stück weit, was aber dennoch bedeutete, dass man die eigenen Weisungen einhalten konnte.

Entwicklung des Budgetergebnisses 2027

Entwicklung der Erfolgsrechnung 2027 (Allgemeiner Haushalt)	in Mio. Fr.
Zielvorgabe des Gemeinderats	- 2.000
Konsolidiertes Bedarfsbudget nach VL-Sitzung (23. März 2026)	- 2.999
Budget **nach** der Behandlung durch die Finanzkommission am 7. Mai 2026	- 1.673
Ergebnis nach GR-Sitzungen (20. und 27. Mai 2026)	- 1.765
Ergebnis nach anpassungen kantonaler Lastenausgleiche und Disparitäten	-1.926
Ergebnis Gemeinderat zuhanden Stadtrat (1. Juli 2026)	-1.983

24.08.2026

Wenn man das Budget 2027 mit dem Ergebnis der Erfolgsrechnung des Gesamthaushalts sowie die vorerwähnten Budget-weisungen und auch das den Steuerhaushalt betreffende Defizit von 1,98 Mio. Franken anschaut, und dies nun mit dem letztjährigen Budget und der Rechnung 2025 vergleicht, fällt unschwer auf, dass im Rahmen des Budgets 2027 auch der Ertrag besser ausfällt als noch im Budget 2026. Ich werde noch darauf zurückkommen, woran das liegt.

Budget 2027 - Ergebnis Erfolgsrechnung Gesamthaushalt

In TFr.	Rechnung 2025	Budget 2026	Budget 2027
Betrieblicher Aufwand	-99'811	-100'829	-103'979
Betrieblicher Ertrag	96'810	95'916	100'813
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	**-3'001**	**-4'913**	**-3'166**
Ergebnis aus Finanzierung	5'085	2'047	2'132
Operatives Ergebnis	**2'084**	**-2'866**	**-1'034**
Ausserordentliches Ergebnis	-3'432	0	-1'450
Erfolgsrechnung Gesamthaushalt	**-1'348**	**-2'866**	**-2'484**
Erfolgsrechnung steuerfinanzierter Haushalt	**0** *	**-2'603**	**-1'983**

* Nach Zuweisung des Überschusses von Fr. 3'252'247.88 an die Spezialfinanzierung NEW

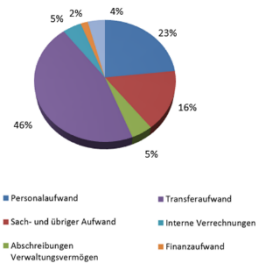
24.08.2026

Damit fällt auch die operative Tätigkeit, also das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit, besser aus. Es ist nicht ganz so gut wie im Steuerjahr 2025. Das Steuerjahr 2025 war für Langenthal, wie auch für andere Gemeinden, ein sehr, sehr gutes Steuerjahr. Insbesondere die Einnahmen der juristischen Personen waren im Jahr 2025 sehr hoch. Es wäre relativ fahrlässig, wenn man die ausserordentlich guten Werte des Jahres 2025 für künftige Jahre einfach zum Vollwert 1:1 übernehmen würde. Das Jahr 2025 ist sehr wohl einzurechnen und dabei als eines von verschiedenen Jahren zu gewichten. Aber gerade, wenn man den Quervergleich zum Jahr 2024 macht, zeigt sich, dass eine gewisse Bescheidenheit eben auch wichtig ist. Im Jahr 2024 hatten wir Steuereinnahmen juristischer Personen von 3,5 Mio. Franken und im Jahr 2025 waren es über 10 Mio. Franken. Somit zeigt sich auch ein bisschen, wie schwierig eine saubere Budgetierung zu erstellen ist, wenn ein Wert zwischen 3,5 Mio. Franken und 10 Mio. Franken schwanken kann, und jeder Wert für sich auch noch begründbar ist. Aber wir sagten uns, dass wir jedenfalls nicht 1:1 auf die Werte von Jahr 2025 abstellen können.

Weiter seht ihr hier das Ergebnis aus der Finanzierung; das sind Erträge, die wir insbesondere auch durch unsere Anleihen realisieren können. Auch hier hatten wir im Jahr 2025 ein herausragend gutes Ergebnis, was aber nicht rechtfertigen würde, einfach zu sagen, dass dies ein Automatismus ist und wir quasi jedes Jahr so gut wie im Jahr 2025 abschneiden. Dies wäre fahrlässig, umso mehr, als dass im Jahr 2025 Neubewertungen der Liegenschaften erfolgten.

Damit kommen wir zum Gesamtergebnis des Gesamthaushalts. Da weisen wir ein Defizit von rund 2,5 Mio. Franken aus, beim steuerfinanzierten Haushalt umfasst es 1,9 Mio. Franken. Beim Gesamthaushalt fallen die drei Spezialfinanzierungen ins Gewicht, die vom kantonalen Recht vorgegeben sind: Die Spezialfinanzierung Feuerwehr, Kehricht und Abwasser, was in der Summe dazu führt, dass man dort eine Zunahme des Aufwands verzeichnet und man aber nach den Vorschriften des kantonalen Rechts entsprechend auszugleichen hat.

Budget 2027 – Überblick Aufwände



Die wesentlichen Aufwandarten (Allgemeiner steuerfinanzierter Haushalt) im Vergleich zum Budget 2026

- **Personalaufwand: - 0.5 % (Fr. – 0.13 Mio.)**
  - v.a. Mittel für Besoldungsreserve
- **Sachaufwand: + 8.0 % (Fr. + 1.23 Mio.)**
  - v.a. Mehraufwand baulicher Unterhalt
- **Abschreibungen: + 1.7 % (Fr. + 0.08 Mio.)**
  - Aktivierung von (fertiggestellten) Neu-Investitionen im Jahr 2027
- **Transferaufwand: + 4.7 % (Fr. + 2.10 Mio.)**
  - v.a. Mehraufwand Lastenausgleichssysteme

24.08.2026

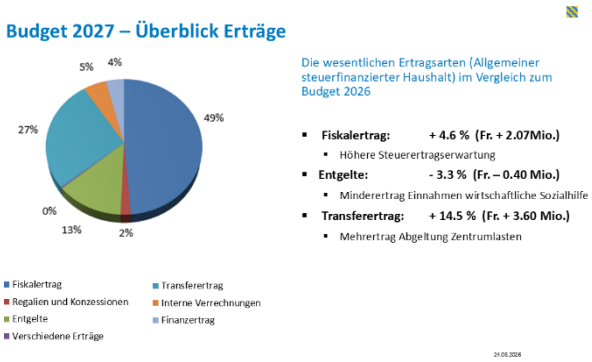
Die politisch massgebende Steuergrösse ist der steuerfinanzierte Haushalt. Wenn man den Aufwand und die Abweichungen im Vergleich zum Budget 2026 anschaut, sieht man, dass wir im Personalaufwand ein Minus haben. Das hat neben den Besoldungsreserven damit zu tun, dass aufgrund des Rotationsgewinns,

respektive des Umstands, dass man in den letzten Jahren nie alle Stellen besetzen konnte, der budgetierte Aufwand in der Rechnung quasi noch vollumfänglich enthalten ist, weil man eben nie alle Stellen besetzen konnte. Das ist etwas, was bedauerlich ist, weil es dazu führt, dass die Verwaltung ihre gesamte Pace aufgrund der fehlenden Vollbesetzung nicht ganz auf den Boden bringt.

Auf der anderen Seite hat es als Wermutstropfen zur Folge, dass man mit Blick auf die Erfahrungswerte aus der Vergangenheit nicht den gesamten Personalaufwand ins Budget aufnimmt, was eine Massnahme zur Erhöhung der Budgetgenauigkeit ist, die man ab 2025 einführte. Damals rechnete man Fr. 700'000.00 des gesamten Personalaufwandes mit ein. Dabei sagte man sich, dass diese Fr. 700'000.00 einem Betrag entsprechen, den man in der Vergangenheit erfahrungsgemäss nicht als Aufwand realisierte und damit auch als Massnahme zur Budgetgenauigkeit entsprechend korrigierte. Mit Blick auf die Rechnung 2025 zeigt sich jetzt aber, dass die Annahme von Fr. 700'000.00 noch zu tief ausfiel, sodass man diesen Betrag auf 1 Mio. Franken erhöht. Und das führt natürlich dazu, dass man dann im Budget einen entsprechend tieferen Aufwand ausweist. Also, noch einmal, die Rechnung 2025 zeigte, dass die Annahme von Fr. 700'000.00 eigentlich noch zu tief war. Der Gemeinderat erhofft sich mit dieser Massnahme von anderen Budgetposten Druck wegnehmen zu können. Wenn man ehrgeizige Budgetierungsvorgaben hat und hier mit Massnahmen zur Budgetgenauigkeit präziser budgetieren kann, dann entlastet das den Spardruck auch teilweise bei anderen Budgetposten. Und zum anderen ist es so, was wir bereits im letzten Jahr hier kommunizierten, dass es ein erklärtes Ziel des Gemeinderates ist, die Budgetgenauigkeit möglichst hochzuhalten, dabei aber vielleicht das Vorsichtsprinzip nicht wegzudiskutieren. Das gehört dazu, aber vielleicht ein bisschen davon wegzukommen und mehr im Sinne eines "Best-Guess" zu budgetieren; im vollen Wissen, dass das auch Nachkredite auslösen kann und dass, wenn man zu einer genauen Budgetierung A sagt, man auch zu den Nachkrediten B sagen soll. Das sollte dann auch nicht ein Schwarzmalen sein, sondern ein genaues Abbild dessen, was passiert, wenn man zu A Ja sagt.

Beim Sachaufwand haben wir eine Steigerung von über 1 Mio. Franken. Das hat insbesondere, aber nicht nur, mit Mehraufwänden im baulichen Unterhalt zu tun. Vor Kurzem wurde hier im Saal das Reglement über die Spezialfinanzierung Nachhaltigkeit, Energie und Werterhalt verabschiedet, und dieses Reglement sieht eine Erhöhung des baulichen Unterhalts im Hochbau ab 2027 vor. Damit ist das einer der Faktoren, die im Sachaufwand zu einer Erhöhung des baulichen Unterhalts führt, damit wir einen echten Werterhalt haben, der vielleicht auch über das hinausgeht, was rein feuerpolizeilich notwendig wäre. Aufgrund der fertiggestellten Investitionen im Jahr 2027 nehmen auch die Abschreibungen leicht zu. Und was aufgrund eines Mehraufwands der Lastenausgleichssysteme ebenfalls stark zunimmt, ist der Transferaufwand.

Auf der anderen Seite budgetieren wir bei den Fiskalerträgen im Sinne von höheren Steuerertragserwartungen einen Mehrertrag von zusätzlich 2 Mio. Franken. Ich möchte das nachher schnell auf einer der folgenden Folien erläutern. Bei den Entgelten geht man von einer Abnahme aus, sodass man weniger Einnahmen aus der wirtschaftlichen Sozialhilfe budgetierte.



Man nahm auch bei den Parkgebühreneinnahmen eine Berichtigung vor, da in den vergangenen Jahren die budgetierten Einnahmen aus den Parkgebühren immer sehr deutlich über dem effektiv realisierten Ergebnis lagen, was bis zu einer Differenz von 1 Mio. Franken führte. Und hier nahm man eine relativ moderate Berichtigung vor, weil der Gemeinderat ja bereits angekündigte, dass er auch mit einer Vorlage zur Bewirtschaftung der städtischen Parkzone 3 in den Stadtrat kommen will. Ich verweise hier auf die Kommunikation von Gemeinderat Martin Lerch Ende des letzten Jahres. Erfreulich ist die Zunahme des Transferertrags um 3,6 Mio. Franken.

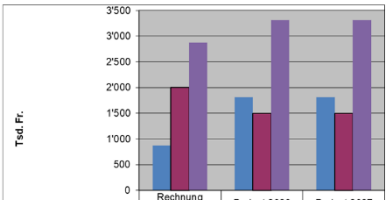
Das hat mit der Mehrabgeltung der Zentrumslasten zu tun, wonach Langenthal ab 2027 erstmalig eine Pauschalabgeltung ihrer Zentrumslasten bekommen wird, was Lasten umfasst, die effektiv anfallen und nun aber zumindest in Teilen, auch endlich, wäre man versucht zu sagen, entsprechend abgegolten werden.

Das hier sind die Mehrerträge, die Langenthal aufgrund der Änderung des Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich bekommt. Das Gesetz wird aller Voraussicht nach per 2027 in Kraft treten und eben dazu führen, dass wir hier doch eine substanzielle Mehreinnahme erzielen und hier diesem Bruttoertrag von 3,6 Mio. Franken entsprechen. Zur Wahrheit gehört aber auch die Tatsache, dass es beim Disparitätenabbau[1], bei dem man bisher die gesamten Zentrumslasten einbuchen konnte, ein bisschen weniger gibt, sodass man von netto +/- 2 Mio. Franken an Mehrerträgen ausgeht, was im Disparitätenabbau zu ein bisschen weniger führt, aber dafür in der Summe aufgrund der Pauschalabgeltung der Zentrumslasten deutlich mehr ergibt.

Hier noch ein Blick auf die Einnahmen aus der Konzessionsabgabe, die gemäss Budget 2027 sowohl die Einführung der Konzessionsabgabe auf Gas wie auch die Erhöhung der Konzessionsabgabe auf Strom beinhaltet. Man budgetierte dies bereits im Jahr 2026, sodass es hier im Budget zwischen 2026 und 2027 zu keiner Abweichung kommt.

Budget 2027

Konzession und Dividende IB Langenthal AG und BKW Energie AG



	Rechnung 2025	Budget 2026	Budget 2027
Konzession Gas + Strom	871	1'815	1'815
Dividende	2'000	1'500	1'500
Total	2'871	3'315	3'315

24.08.2026

Wenn man die Finanzplanergebnisse mit Aufwand und Ertrag anschaut, so liegt das bereits erwähnte Defizit für das Jahr 2027 bei 1,9 Mio. Franken. Man sieht aber auch, dass das Defizit in den folgenden Finanzplanjahren tendenziell abnehmen wird, wonach man im Jahr 2031 noch von 1,29 Mio. Franken Defizit ausgeht. Das bedeutet, dass man finanzpolitisch auf dem richtigen Weg ist und man sich den gesetzten Zielsetzungen annähert. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass mit den bisherigen Massnahmen die eigentlich für das Jahr 2031 angestrebte Null so noch nicht realisiert werden kann. Hier braucht es entsprechend zusätzliche Anstrengungen, aber der Kurs in dem Sinn richtig wäre.

Finanzplan 2027 – 2031

Ergebnisse – Übersicht (Gesamthaushalt und Steuerhaushalt)

Beträge in TFr.	2025 Rechnung	2026 Budget	2027 Budget	2028 Plan	2029 Plan	2030 Plan	2031 Plan
Steueranlage	1.44	1.44	1.44	1.44	1.44	1.44	1.44
Aufwand[1]	104'192	102'630	110'142	109'667	110'735	111'689	112'512
Ertrag[1]	102'844	99'765	107'657	107'767	109'091	109'782	110'745
Defizit der Erfolgsrechnung[2]	**0**	**-2'603**	**-1'983**	**-1'518**	**-1'208**	**-1'440**	**-1'291**
Bilanzüberschuss	**69'007**	**69'250**	**67'267**	**65'749**	**64'541**	**63'101**	**61'810**
Gesetzliche Spezialfinanzierungen[3]	15'289	15'029	14'541	14'167	13'740	13'281	12'814
Bestand Vorfinanzierungen[4]	20'168	21'098	23'477	23'613	23'615	23'581	23'526
Neubewertungs-/ Schwankungsres.	5'257	5'257	5'257	5'257	5'257	5'257	5'257

[1] Aufwand / Ertrag aus betrieblicher Tätigkeit und Finanzierungstätigkeit, sowie ausserordentliches Ergebnis des Gesamthaushalt
[2] steuerfinanzierter Allgemeiner Haushalt
[3] Spezialfinanzierungen des Eigenkapitals (v. a. Abwasser [ohne Vorfinanzierung], Kehricht, Feuerwehr)
[4] Vorfinanzierungen (u.a. Werterhalt Abwasser, Spezialfinanzierung NBW)

24.08.2026

[1] Disparitätenabbau = gezielter Ausgleich von wirtschaftlichen oder finanziellen Ungleichheiten (Disparitäten) zwischen verschiedenen Regionen, Gemeinden oder Verwaltungseinheiten

Mit Blick auf die direkten Steuern seht ihr, dass wir im Jahr 2027 von einer Zunahme der direkten Steuern bei den natürlichen Personen ausgehen. Dies basiert auf den üblichen Zahlen des Kantons mit einer Zunahme von rund 2%, die man als Erfahrungswerte für die Steuererträge aus den natürlichen Personen annimmt. Ihr seht dann in den Finanzplanjahren 2028 und 2029, dass man diese – trotz der einfach erfahrungsgemäss einzutreffenden Zunahmen – in diesen Jahren eigentlich nicht erhöhte. Warum erhöhte man das nicht? Das hat mit der Steuergesetzänderung des Kantons zu tun, die anders als die Steueranlagesenkung auch Auswirkungen auf die Gemeindesteuersätze hat. Das wirkt 2027 zwar nur am Rande, weil ein Abzug für bescheidene Einkommen eingeführt wird. Ab 2028 tritt eine Neutarifierung in Kraft, die dazu führt, dass vor allem der untere Mittelstand steuerlich entlastet wird. Die Mittelstandsdellen, respektive die Mittelstandshypothek, dass im Kanton Bern bereits im unteren Mittelstand die Progression sehr stark ausfällt, wird abgeflacht, was auch in den Gemeinden zu Steuerertragsausfällen führen wird. Deshalb sagte man sich hier, dass man die bisherigen Werte auch für 2028 und 2029 beibehält und erst ab 2030 wieder nach oben anpasst, da sich quasi der Ausfall an Steuererträgen aufgrund der Änderungen des kantonalen Steuerrechts gegenüber den üblichen Mehreinnahmen aufgrund von Lohnerhöhungen sowie einer gewissen Inflation etwa die Waage halten. Auch hier stützte man sich auf die Werte des Kantons ab. Bei den direkten Steuern von juristischen Personen verweise ich auf das Rekordjahr von 2025 mit 10,9 Mio. Franken Einnahmen. Man hielt sich für 2027 aber nicht an die Zahlen des Rekordjahres, sondern ging einfach von einer moderaten Zunahme aus. Dabei nahm man die Steuererträge aus den letzten rund fünf Jahren, mittelte diese auf den Steuersatz von 1,44 und rechnete nachher aus, was das für einen ungefähren Durchschnitt ergibt, den man dann anschliessend ins Budget aufnahm. Das ergibt bei einer gleichbleibenden Steueranlage von 1,44 einen Fiskalertrag von total 47 Mio. Franken. Und diese 47 Mio. Franken ergeben aufgrund dieser Steuerertragserwartung diese rund 2 Mio. Franken an Mehrerträgen im Vergleich zum Budget 2026-2029. Jetzt kann man sagen, dass diese optimistischer ausfallen wird, was wohl richtig ist, aber a) auf Schätzungen des Kantons basiert und b) dem Durchschnitt der letzten Jahre entspricht. Zudem rechnen wir, wie bereits erwähnt, bei den juristischen Personen mit einem Ergebnis, das klar unter demjenigen von 2025 liegt.

Finanzplan 2027 – 2031

Fiskalertrag

Beträge in TFr.*	Rg 2025	Budget 2026	Budget 2027	Fipla 2028	Fipla 2029	Fipla 2030	Fipla 2031
Direkte Steuern natürliche Personen	33'010	31'656	33'021	33'021	33'021	33'651	34'294
Direkte Steuern juristische Personen	10'971	6'725	7'395	7'495	7'745	7'845	7'945
übrige Steuern**	5'886	6'691	6'721	6'761	6'801	6'841	6'881
Total Fiskalertrag (Steuern)	49'867	45'072	47'137	47'277	47'567	48'337	49'120
		↓	↗	↗	↗	↗	↗
Steueranlage	1.44	1.44	1.44	1.44	1.44	1.44	1.44

* Beträge aus der Artengliederung entnommen
** enthält Hundetaxen, jedoch ohne Abschreibungen auf Steuerforderungen und ohne Verzugs-/Vergütungszinsen auf Steuern

24.08.2026

Bei den Lastenausgleichssystemen sieht man in den meisten Bereichen noch einmal eine klare Zunahme, insbesondere im Lastenausgleich Soziales. Das sind Ausgaben aufgrund von Lastenausgleichssystemen, die der Gemeinde schlicht und ergreifend vorgegeben sind und man nicht beeinflussen kann, aber entsprechend zu budgetieren sind.

Finanzplan 2027 – 2031

Finanz- und Lastenausgleich – jährliche Belastungen

Beträge in TFr.	Rg. 2025	Budget 2026	Budget 2027	Fipla 2028	Fipla 2029	Fipla 2030	Fipla 2031
Öffentlicher Verkehr	2'167	2'388	2'335	2'335	2'348	2'385	2'440
Aufgabenteilung Gde/Kt.	2'861	2'873	2'895	2'891	2'887	2'883	2'879
Finanzausgleich (Disparitätenabbau)	-2'381	-3'063	-1'405	-1'010	-1'680	-1'585	-1'735
Familienzulage	54	79	79	79	79	95	79
EL (AHV / IV)	3'630	3'642	3'725	3'784	3'906	3'903	3'903
Interventionskosten	78	85	85	85	85	85	85
Lastenausgleich Soz.Hilfe	8'709	10'030	10'600	10'820	10'820	10'720	10'770
Soz.demograf. Zuschuss	-386	-385	-385	-385	-385	-385	-385
Lehrerbesoldungen	6'069	6'454	6'680	6'735	6'837	6'940	7'045
Total	**20'801**	**22'103**	**24'609**	**25'334**	**24'897**	**25'041**	**25'081**
			↑	↗	↗	→	→

24.08.2026

Hier noch eine Übersicht zum baulichen Unterhalt. Wenn man vom Jahr 2022 aus nach hinten schaut, dann sieht man, dass die Ausgaben für den baulichen Unterhalt sowohl im Verwaltungsvermögen wie auch im Finanzvermögen zunahmen. In den vergangenen Jahren war es auch so, dass die Rechnungsergebnisse regelmässig über dem Ergebnis des Budgets lagen. Nun setzte man im Jahr 2027 noch einmal einen klaren Akzent zugunsten von Mehrausgaben für den baulichen Unterhalt, um den Werterhalt zu ermöglichen, dies auch in Folge der neu eingeführten Spezialfinanzierung NEW[1].

Finanzplan 2027 – 2031

Baulicher und betrieblicher Unterhalt – Liegenschaften VV und FV

Beträge in TFr.	Rg. 2022	Rg. 2023	Rg. 2024	Rg. 2025	Budget 2026	Budget 2027	Fipla 2028
VV - Baulicher und betrieblicher Unterhalt	1'822	2'057	2'616	2'598	2'500	3'138	3'227
Baulicher Unterhalt Liegenschaften FV	120	162	262	220	250	245	250
Total	**1'942**	**2'219**	**2'878**	**2'818**	**2'750**	**3'383**	**3'477**

- Seit 1. Dezember 2025: Spezialfinanzierung Nachhaltigkeit, Energie und Werterhalt (SF NEW)
- Erstmalige Entnahme für den baulichen Unterhalt über SF NEW im Jahr 2027 von Fr. 2.75 Mio.

24.08.2026

Noch ein Wort zum Investitionsplan. Hier seht ihr den Vergleich zum Investitionsplan 2026 ganz rechts gemäss dem damaligen Finanzplanwert und nachher aktualisiert. Und im Jahr 2027 sehen wir ein nach wie vor sehr hohes Investitionsvolumen vor. Auch nachdem der Bahnhof dann realisiert sein wird, werden die Investitionen hoch bleiben, hier insbesondere aufgrund von anstehenden Sanierungen und Erweiterungen der Kindergärten sowie der Schulen.

Investitionsplan 2027 – 2031 vs. 2026 - 2030

Investitionsplanwerte		2027		2026 akt. (aktualisiert)		2026 (FiPla 2026-2030)	
Investitionsrechnung, unbewertet		**in TFr.**	**%**	**in TFr.**	**%**	**in TFr.**	**%**
Ausgaben	Bruttoinvestitionen	29'130	100.0%	33'360	100.0%	31'205	100.0%
Einnahmen	Subventionen, Beiträge	5'330	18.3%	3'622	10.9%	1'310	4.2%
Nettoinvestitionen		**23'800**	**81.7%**	**29'738**	**89.1%**	**29'895**	**95.8%**
Davon steuerfinanzierte abschr.pflichtige Nettoinvestitionen		**21'060**	**72.3%**	**24'345**	**73.0%**	**23'365**	**74.9%**
Davon steuerfinanzierte Nettoinvestitionen Gesamt		**19'730**	**67.7%**	**24'345**	**73.0%**	**23'365**	**74.9%**
Investitionsrechnung, bewertet		**in TFr.**	**%**	**in TFr.**	**%**	**in TFr.**	**%**
Ausgaben	Bruttoinvestitionen	25'273	100.0%	32'368	100.0%	25'848	100.0%
Einnahmen	Subventionen, Beiträge	4'665	18.5%	3'619	11.2%	1'275	4.9%
Nettoinvestitionen		**20'608**	**81.5%**	**28'749**	**88.8%**	**24'573**	**95.1%**
Davon steuerfinanzierte abschr.pflichtige Nettoinvestitionen		**18'825**	**74.5%**	**23'618**	**73.0%**	**21'308**	**82.4%**
Davon steuerfinanzierte Nettoinvestitionen Gesamt		**18'160**	**71.9%**	**23'618**	**73.0%**	**21'308**	**82.4%**

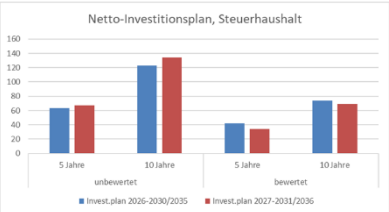
Hinweis: Neue Struktur des Investitionsplans

24.08.2026

Oben seht ihr den unbewerteten Wert. Das entspricht dem Brutto abzüglich der Subventionen, und unten links seht ihr die bewerteten Angaben für 2027 gemäss Realisierungsfortschritt. Wir haben die Praxis, dass wir das Vorprojekt zum Wert von 75% einstellen. Wenn aber zu Beginn erst eine Machbarkeitsstudie zu 50% vorliegt, ist der Wert hier unten entsprechend tiefer.

Wenn man jetzt den Investitionsplan zugunsten einer besseren Aussagekraft ein bisschen über eine längere Zeitperiode anschaut, dann sieht man erstens, dass das Investitionsvolumen hoch ist und hoch bleibt. Zweitens erkennt man aber auch erste Ergebnisse der Priorisierungsbemühungen des Gemeinderates.

Investitionsplan Steuerhaushalt 2027 – 2031



Beträge in Mio. SFr. Netto-Investitionen	unbewertet 5 Jahre	unbewertet 10 Jahre	bewertet 5 Jahre	bewertet 10 Jahre
Invest.plan 2026-2030/ 2035	63	123	42	74
Invest.plan 2027-2031/ 2036	67	134	34	69

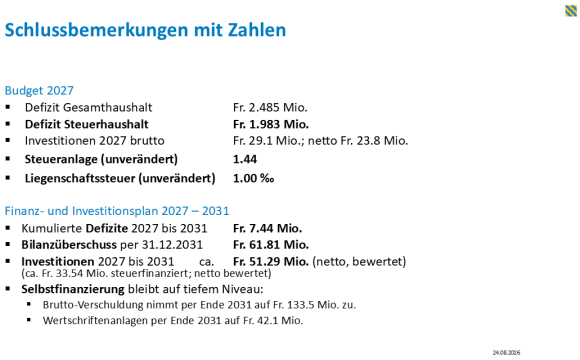
24.08.2026

Auf Wunsch, insbesondere auch aufgrund von Rückmeldungen aus dem Stadtrat, was ich hier betonen möchte, rechneten wir im Investitionsplan neu die Eishalle Schoren mit ein. Das ist allerdings keine klassische Investition, sondern eine Beteiligung. Es wurde aber gewünscht, dass man einen Überblick über die gesamthaft getätigten Investitionen bekommt, sodass man dies hier einrechnete. Man kann sagen, dass man trotz der Einrechnung des Stadionbetrags von 19,5 Mio.

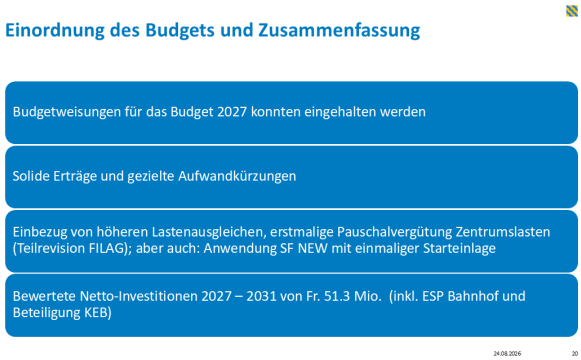
[1] NEW = Nachhaltigkeit, Energie und Werterhalt

Franken das Investitionsvolumen einigermassen halten kann. Dies ist erneut das Ergebnis von Priorisierungsbemühungen und dem Bestreben des Gemeinderates geschuldet, einen Investitionsplan aufzustellen, den man dann auch tatsächlich realisieren kann.

Im Sinne von Schlussbemerkungen seht ihr hier die Übersicht des Gesamthaushalts mit einem Defizit von rund 2,5 Mio. Franken für das Budget, einem Defizit im Steuerhaushalt mit 1,9 Mio. Franken, Investitionen in der Höhe von brutto 29 Mio. Franken, netto von 23,8 Mio. Franken, bei unveränderter Steueranlage und gleichbleibender Liegenschaftssteuer. Ihr seht unten beim Finanz- und Investitionsplan die kumulierten Defizite bis 2031 sowie den Bilanzüberschuss, der sich als Folge dieser Prognosen auf 61,81 Mio. Franken verringern wird, aber nach wie vor hoch bleibt. Die netto bewerteten Investitionen von 2027 bis 2031 werden mit einem Realisierungsfortschritt von 51,29 Mio. Franken gerechnet. Und dabei weise ich noch darauf hin, dass die Selbstfinanzierung nach wie vor auf tiefem Niveau verharrt. Trotz einem guten 2025 hat Langenthal nach wie vor einen ungenügenden Selbstfinanzierungsgrad und es werden Massnahmen nötig sein, um diesen Selbstfinanzierungsgrad mittelfristig wieder auf ein Minimalniveau zu bringen; das heisst gemäss AGR[1] kurzfristig auf 50%, aber mittelfristig gesehen sollte er höher liegen.



Das hier ist die Zusammenfassung meiner Ausführungen. Nun möchte ich mich für Eure Aufmerksamkeit bedanken.



Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Besten Dank, Gemeinderat Patrick Freudiger. Es folgt die Berichterstattung durch die GPK. Es spricht Stadtrat Linus Rothacher (SP).

Linus Rothacher (SP): Also, ich erlaube mir auch gleich zu beiden Traktanden zu sprechen und werde mich dabei aber primär auf das Budget beziehen. Die GPK diskutierte diese Vorlage in Anwesenheit des Ressortvorstehers Patrick Freudiger an ihrer Sitzung vom 10. August 2026. Im Rahmen der Diskussionen wurden mehrere Punkte angesprochen. Ich gehe jetzt gerne auf einige ausgewählte Themen ein, auch wenn ihr jetzt schon Vieles einleitend hörtet. Der erste Punkt betrifft die Spezialfinanzierung "Feuerwehr". In der GPK wurde darauf hingewiesen, dass die Spezialfinanzierung Feuerwehr gemäss Budgetvoranschlag immer noch ein Defizit ausweist und in der Folge kam dann auch die Frage auf, ob deshalb mit einer weiteren Erhöhung der Feuerwehrersatzabgabe gerechnet werden müsste, das heisst also zusätzlich zu derjenigen, die wir hier im letzten Jahr bereits beschlossen, respektive den Gemeinderat dazu ermächtigten. Dazu wurde

[1] AGR = Amt für Gemeinden und Raumplanung

uns geantwortet, dass das nicht der Fall sein wird, da die aktuellen Zahlen, die auf der Grundlage des totalrevidierten Reglements beruhen, hier noch nicht einflossen und somit keine weitere Erhöhung dieser Abgabe vorgesehen ist.

Ein weiterer Punkt betrifft, wie bereits erwähnt, das Konto "Disparitätenabbau". Seitens der GPK wurde die Frage in den Raum gestellt, ob die Halbierung dieses Kontos mit der erstmaligen Pauschalentschädigung für Zentrumslasten in Verbindung steht. Dies wurde bejaht. Für die Begründung verweise ich gerne auf das, was Patrick Freudiger vorher schon ausführte. Zu weiteren Diskussionen in der GPK führten insbesondere die stadtratseigenen Budgetpositionen. Zum einen ging es um das Konto "Dienstleistungen Dritter", wonach die dort eingestellten Fr. 130'000.00 zwar ausreichen, um das Mandat unserer Sekretärin zu decken, aber nicht für darüberhinausgehende Ausgaben wie zum Beispiel auch das vom Stadtrat bestellte Tool von MediaParl. Im Rahmen der Budgetdebatte wird dann noch seitens der GPK ein diesbezüglicher Antrag eingebracht. Daneben führte auch das Konto "unvorhergesehene Ausgaben des Stadtrates" zu Diskussionen. Dort nahm die GPK, oder zumindest ein Teil davon, mit einem gewissen Befremden zur Kenntnis, dass der Betrag durch den Gemeinderat und die Finanzkommission auf null gesetzt wurde. Dazu fragte man sich, ob es jetzt angebracht ist, dem Stadtrat dieses Budget zu streichen, was dann in der GPK für weitere Diskussionen sorgte, sodass heute Abend auch diesbezüglich ein weiterer Antrag gestellt wird. Summa summarum beschloss die GPK einstimmig die formelle Richtigkeit. Ich danke euch für die Aufmerksamkeit zu meinen Äusserungen.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Besten Dank. Nachdem jetzt beide Berichterstatter wie üblich zu beiden Traktanden sprachen, möchte ich gerne etwas Neues anfangen. Es ist also nicht üblich, dass wir jetzt die Beratungen in diesem Traktandum auf den Finanzplan beschränken, was es aber für das Protokoll deutlich einfacher macht. Denkt daran, dass wir ein mündliches Protokoll beschlossen, sodass es für diejenigen, die das nachhören möchten, eben schwierig ist, wenn sie unter dem falschen Traktandum etwas anhören müssen.

Somit sind wir nun bei den Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprechern zum Finanzplan. Wem darf ich dazu das Wort geben? Daniel Huber für die SVP-Fraktion.

Daniel Huber (SVP): Werter Stadtratspräsident, werte Damen und Herren, gemäss Finanzstrategie soll das Defizit im steuerfinanzierten allgemeinen Haushalt bis ins Jahr 2031 schrittweise auf null reduziert werden, was wir gesehen haben. Mit einem budgetierten Defizit von rund 2 Mio. Franken liegt man für das Jahr 2027, Stand jetzt, ohne allfällige Stadtratsbeschlüsse, gerade noch innerhalb des definierten Zielkorridors. Das ist sehr erfreulich. Dieses Ziel wurde primär nicht aufgrund von Sparaktionen, sondern einnahmenseitigen Faktoren und Massnahmen erreicht. Dazu trugen folgende Faktoren bei: Netto-Mehreinnahmen aus dem interkantonalen Zentrumslasten- und Finanzausgleich mit plus 2 Mio. Franken, Zunahme der Steuereinnahmen plus 2 Mio. Franken, Erhöhung der Stromabgabe und die Einführung der neuen Gasabgabe plus 1 Mio. Franken. In den Jahren 2028 bis 2031 soll das Defizit gemäss Strategie weiter reduziert werden. Die Defizite für die Planjahre liegen jedoch insbesondere für die Jahre 2030 und 2031 noch bei rund 1 Mio. Franken pro Jahr und damit ausserhalb des Zielkorridors. Der Grund ist, dass die operativen Aufwände über die Planjahre rund 1,5mal so schnell steigen wie die Erträge; das heisst, die operativen Einnahmen steigen in den Planjahren um rund 4 Mio. Franken, die geplanten Ausgaben jedoch um rund 6 Mio. Franken an. Um das Ziel zu erreichen, müsste man also gegenüber den heutigen Ausgaben nicht sparen, sondern einfach dafür sorgen, dass das Ausgabenwachstum nicht stärker ansteigt als das Einnahmenwachstum. Oder anders gesagt, dass die Ausgabensteigerungen nicht höher sind als das Wirtschaftswachstum. Dass die Ausgaben langfristig nicht stärker als die Wirtschaftsleistung wachsen sollen, scheint mir sehr vernünftig und nachvollziehbar. Ja, man könnte schon fast sagen, das ist ein fundamentales Gesetz der Ökonomie.

Wie so oft in der Politik bedeutet Sparen somit nicht wirklich Sparen, sondern eine Reduktion des Ausgabenwachstums. Das heisst, die Ausgaben können immer noch jährlich steigen, aber einfach weniger schnell. Vor diesem Hintergrund bringen auch Steuererhöhungen wenig, weil dies der Stadt einfach nur zwei bis fünf Jahre Luft verschaffen würde, sodass man nachher wieder mit dem gleichen fundamentalen Gesetz

konfrontiert wäre, gemäss dem die Ausgaben nicht schneller als die Einnahmen steigen sollten. Währenddem die Defizitvorgaben für das Jahr 2027 erreicht wurden, ist das für das folgende Jahr noch nicht der Fall. Die Ziele liegen aber innerhalb des Machbaren. Was es braucht, ist ein bisschen guter Wille, ein bisschen Disziplin und ein bisschen wirtschaftliches Wachstum, sodass Langenthal ohne allzu schmerzhafte Sparübungen aus dem Defizit herauswachsen kann. Es wäre schön, wenn der Rat die gute Ausgangslage respektiert, sich auf das Notwendige beschränkt und Budget und Finanzplan stützt. Die SVP macht das. Merci.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Gibt es weitere Fraktionssprecherinnen oder Fraktionssprecher? Für die FDP/jll/L49-Fraktion spricht Claudia Uebersax Fuhrer.

Claudia Fuhrer Uebersax (FDP): Der Finanzplan als Steuerungselement ist ein wichtiges Frühwarnsystem und zeigt den Ausblick auf die künftige Steuer- und Finanzpolitik der Stadt. Die Steueranlage von 1,44 bleibt über sämtliche Planjahre gleich. Der Gemeinderat ist mit dem Abbau des Bilanzüberschusses bis Ende Planjahr 2031 auf Kurs. Das freut uns sehr. Das Geschäft Finanzplan ist zur Kenntnis zu nehmen, wir sind hier auf dem richtigen Weg. Ich danke für die Kenntnisnahme des Finanzplans.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Gibt es weitere Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher? Ich sehe niemanden. Doch, jetzt meldet sich Sandro Baumgartner für die SP/GL-Fraktion zu Wort.

Sandro Baumgartner (SP): Liebe alle, auch wir nahmen den Finanzplan zur Kenntnis. Es zeigt eine angespannte Situation. Aber es ist nicht hoffnungslos. Wir sind davon überzeugt, dass die Stellschrauben richtiggestellt werden können, damit man den Weg richtig gehen kann. Dabei muss aber klar sein, dass eine notwendige finanzielle Stabilisierung nicht zu Lasten von Kindern, Familien, Bildung, Sozialem und Kultur erfolgen darf. Deshalb sind wir auch überzeugt, dass die Investitionen, die für Schulraum, Tagesschulen, Schulanlagen und kulturelle Infrastrukturen geplant sind, sehr positiv sind und wir uns dafür bedanken. Eine Stadt mit einer Zentrumsfunktion braucht all diese Infrastrukturen. Und dabei danken wir auch, dass der Kanton Bern ein bisschen mehr Geld übergibt und dabei allen Akteuren, die dies ermöglichten. Kritisch sehen wir aber z. B. die Eissporthalle Schoren. Dort müsste man dann vielleicht auch schauen, ob dann diese 19,5 Mio. Franken auch jährlich abgeschrieben werden können, man es durchzieht und dann nicht der ganze Betrag auf einmal kommt. Wir danken für den wertvollen Bericht. Wir hoffen, dass er gut eingehalten werden kann, und wir sind überzeugt, dass man Langenthal so vorwärtsbringt.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Danke. Es folgt Mike Sigrist für die GLP/EVP-Fraktion.

Michael Sigrist (EVP): Auch wir danken für die Erstellung des Finanzplans und ja, es sieht gut aus und wir sind auf Kurs. Uns ist es wichtig festzuhalten, dass so ein Plan einfach irgendwo auch Leitplanken haben sollte, die uns auch gerade im Stadtrat ein bisschen anleiten zu einem, ich nenne es jetzt einmal, finanzbewussten Handeln. Und gleichzeitig muss er auch immer flexibel genug sein, damit wir auf sich verändernde gesellschaftliche Entwicklungen oder Bedürfnisse, die sich ergeben können, reagieren können. Von daher darf ein solcher Finanzplan, Langenthal letztendlich auch nicht abwürgen, weil man jetzt alles dem Defizitabbau und somit diesen Planzahlen unterordnet. Noch einmal, wir nehmen ihn zur Kenntnis und danken allen, die ihn miterstellten. Merci.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Danke, damit sprachen alle Fraktionssprecherinnen und -sprecher. Gibt es Einzelsprecherinnen, Einzelsprecher? Ich sehe niemanden. Damit erkläre ich die Beratungen für geschlossen. Wünscht der Gemeinderat noch einmal Schlusswort?

Gemeinderat Patrick Freudiger (SVP): Merci, Herr Stadtratspräsident. Ich möchte kurz noch etwas zur Eishallen Schoren sagen. Die Eishalle Schoren ist als Beteiligung angedacht. Das ist nicht eine klassische Investition und auch nicht eine, die man nachher abschreibt, wie beispielsweise den Bahnhof oder den Neubau eines Kindergartens, wenn man ihn dann baut. Fakt ist aber auch, dass eine solche Beteiligung, falls man es dann im Rahmen der Aktienkapitalerhöhung macht, unter Umständen wertberichtigt werden muss und sich dann auch auf die Erfolgsrechnung niederschlagen würde. Also von daher geht es nicht in dem Sinn um eine Abschreibung, aber das Risiko einer Wertberichtigung besteht durchaus und ist ein Stück weit

der Preis dessen, wenn man politisch sagt, dass man das machen will. Zum Kredit betreffend GPK und Stadtratsbüro möchte ich mich namens des Gemeinderates erst dann äussern, wenn das nachher im Rahmen des Budgets traktandiert ist. Ich halte mich da auch gerne an die Order des Stadtratspräsidenten.

Zuletzt möchte ich mich noch einmal bei allen Beteiligten für die Erstellung des Finanz- und Investitionsplans herzlich bedanken. Wir sind eine Gemeinde, die jedes Jahr eine Volksabstimmung über das Budget macht, und der Finanzplan ist die Grundlage des Budgets. Das bedeutet, dass bis vor den Sommerferien Budget, Finanz- und Investitionsplan fertiggestellt sein müssen, obwohl man die neuen Zahlen des Kantons zum Lastenausgleich nur ein paar Wochen vor Fertigstellung zugestellt bekommt. Das ist immer ein riesiger Aufwand. Von daher danke ich allen Mitarbeitenden des Finanzamts für die vor allem auch gegen Schluss konzentrierte Leistung und man dabei alles auf die Reihe bekam. Ebenfalls ein besonderes Merci geht an die Mitglieder der Verwaltungsleitung; wir hatten dieses Jahr einen Budgetprozess im Einvernehmen und alle zogen am gleichen Strick, herzlichen Dank.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Danke. Dem Dank schliesst sich der Stadtrat an und er nimmt den Finanzplan zur Kenntnis, da dazu eine Abstimmung entfällt.

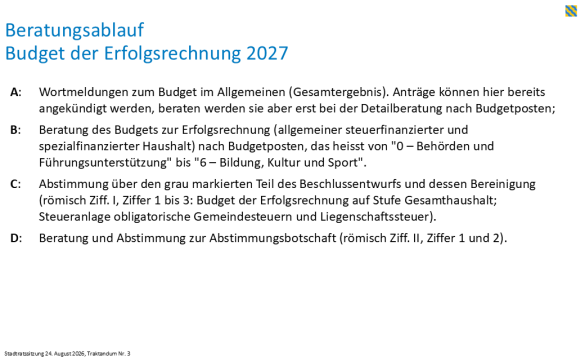
3. Budget der Erfolgsrechnung 2027: Festsetzung der Steueranlage und des Steuersatzes für die Liegenschaftssteuer: Verabschiedung zu Händen der Gemeindeabstimmung vom 29. November 2026 und Genehmigung der Abstimmungsbotschaft

I Eintreten:

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Wir kommen zu Traktandum Nr. 3 mit dem Budget und der Erfolgsrechnung 2027 inklusive der Festsetzung der Steueranlagen und den Steuersätzen für die Liegenschaftssteuer, der Verabschiedung zuhanden der Gemeindeabstimmung vom 29. November 2026 sowie der Genehmigung der Abstimmungsbotschaft. Das Eintreten ist auch hier zwingend.

II Beratung:

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Wir beginnen mit der Beratung. Die Berichterstattungen durch den Gemeinderat sowie durch GPK entfallen, weil sie bereits im vorherigen Traktandum stattfanden. Wir schlagen euch seitens des Büros folgenden Beratungsablauf vor:


Beratungsablauf
Budget der Erfolgsrechnung 2027

A: Wortmeldungen zum Budget im Allgemeinen (Gesamtergebnis). Anträge können hier bereits angekündigt werden, beraten werden sie aber erst bei der Detailberatung nach Budgetposten;

B: Beratung des Budgets zur Erfolgsrechnung (allgemeiner steuerfinanzierter und spezialfinanzierter Haushalt) nach Budgetposten, das heisst von "0 – Behörden und Führungsunterstützung" bis "6 – Bildung, Kultur und Sport".

C: Abstimmung über den grau markierten Teil des Beschlussentwurfs und dessen Bereinigung (römisch Ziff. I, Ziffer 1 bis 3: Budget der Erfolgsrechnung auf Stufe Gesamthaushalt; Steueranlage obligatorische Gemeindesteuern und Liegenschaftssteuer).

D: Beratung und Abstimmung zur Abstimmungsbotschaft (römisch Ziff. II, Ziffer 1 und 2).

Stadtratssitzung 24. August 2026, Traktandum Nr. 3

Zuerst geht es um die Wortmeldungen der Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher sowie der Einzelsprecher:innen zum Budget im Allgemeinen, das heisst also zum Gesamtergebnis. Nachher werden wir die Erfolgsrechnung gemäss den Budgetpositionen einzeln durchberaten. Wenn es dabei nicht zu allzu vielen Anträgen kommt, werden wir jeweils einfach die sechs grossen Positionen abrufen. Anschliessend werden wir unter Teil C eine erste Abstimmung über den grau markierten Beschlussentwurf durchführen; das betrifft die Ziffern I, Ziffer 1 bis Ziffer 3. Nachher führen wir in einem vierten Teil die Beratung und die Abstimmung zur Abstimmungsbotschaft durch. Ist dieser Beratungsablauf bestritten? Ich sehe keine Wortmeldungen, sodass wir entsprechend vorgehen.

A. Wortmeldungen zum Budget im Allgemeinen (Gesamtergebnis)

Dementsprechend starten wir jetzt mit der Beratung zum Budget im Allgemeinen, also hinsichtlich des Gesamtergebnisses. Welcher Fraktion darf ich das Wort erteilen? Pascal Dietrich für die FDP/jll/L49-Fraktion.

Pascal Dietrich (Liste 49): Herr Präsident, geschätzte Gemeinderätin und Gemeinderäte, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste, die FDP/jll/L49-Fraktion nahm mit Freude von diesem Budget Kenntnis, das uns vorgelegt wurde. Wir hörten nun seitens des Ressortvorstehers Patrick Freudiger bereits viele Details, sodass ich nicht alles wiederholen muss. Aber was ich sicher wiederholen will, ist der Dank. Wir hatten auch den Eindruck, dass in der Verwaltung wieder einmal sehr viel gearbeitet wurde. Es wurde seriös gearbeitet, auch mit einer gewissen Zurückhaltung, so, wie wir das an sich erwarten. Mit Blick zurück gab es schon andere Jahre. So, wie es jetzt gelaufen ist, sind wir wirklich sehr zufrieden, herzlichen Dank dafür.

Eine kleine Kritik muss ich dennoch anbringen und betrifft die Medienmitteilung. Wenn man diese las, bekam man den Eindruck, dass alles schon passiert und in trockenen Tüchern ist. In dieser Medienmitteilung stand, dass das Defizit von Langenthal so und so viel beträgt, das heisst im Gesamthaushalt diese 2,484 Mio. Franken und im Steuerhaushalt 1,983 Mio. Franken, und dass der Gemeinderat dies bereits verabschiedete. Es fehlte der Hinweis, und das ist doch nicht ganz unwichtig, dass das Budget zuerst in den Stadtrat kommt, der Stadtrat es berät und es dann noch eine Volksabstimmung darüber geben wird. Es dünkt uns, dass so etwas nicht passieren sollte. Hier sollte der neue "Gemeinderat" – wir sind ja beinahe schon in der Halbzeit der aktuellen Legislatur – bei solchen Medienmitteilungen noch ein bisschen mehr Fingerspitzengefühl entwickeln.

Abgesehen davon sind wir sehr zufrieden, wozu die einzelnen Sachen bereits erwähnt wurden. Endlich, endlich bekommen wir eine Abgeltung für die Zentrumslasten, was aus unserer Sicht auch dringend nötig war und man schon vor 20 Jahren hätte bekommen müssen. Jetzt ist es endlich so weit, da sind wir sehr zufrieden. Auch die Spezialfinanzierung NEW läuft gut an und wird von uns ja auch sehr unterstützt. Und man sieht nun auch, wie der Aufwand im baulichen Unterhalt zunimmt, und das ist auch bitter nötig. Wenn man die Liegenschaften der Stadt anschaut, dann braucht es das eben, und das unterstützen wir auch sehr. Was uns ein bisschen Sorgen bereitet ist der Bereich Sozialhilfe, dies sowohl bezüglich des Lastenausgleichs, aber auch bezüglich der Kosten, die dann darüber hinaus durch die Stadt Langenthal getragen werden müssen, obschon die Fallzahlen in den letzten Jahren immer rückläufig waren, zumindest bei der Unterstützung. Bei der KESB ist es nicht ganz so, aber zumindest bei der Unterstützung verzeichnete man immer einen Rückgang der Fallzahlen. Und dennoch steigen die Kosten an, sodass der Einzelfall für mehr Kosten sorgt und teurer wird. Das ist eine Entwicklung, die doch bedenklich ist.

Auch ein bisschen Stirnrunzeln verursachte die Spezialfinanzierung Feuerwehr. Gerade in diesem Sommer zeigte sich wieder, wie wichtig die Feuerwehr ist, was man nie vergessen darf, hatten wir in Langenthal doch mehrere Brände. Wenn man nun diese Spezialfinanzierung anschaut, dann geht diese trotzdem runter. Wir hörten dazu Linus Rothacher als Sprecher der GPK und wir hoffen, dass das wirklich auch so eintrifft und diese am Ende des Planungszeitraums nicht bei null ankommt. Einen Punkt möchte ich zum Schluss noch erwähnen, und das ist für unsere Fraktion auch schon fast Tradition, da uns dies aber auch wichtig erscheint. Dabei geht es um das Stadttheater. Ich möchte hier ganz klar der neuen Leitung ein Lob aussprechen. Aus unserer Sicht stellten sie wieder ein Programm zusammen, das wieder näher am Geschmack des Publikums liegt. Dies war schon in der vergangenen Saison so und jetzt auch wieder. Das war allerdings auch dringend nötig, und dort sind sie sicher auf einem guten Weg. Trotzdem ist die Budgetierung aus unserer Sicht, namentlich diejenige der Einnahmen, immer noch zu optimistisch. Wir bezweifeln, dass die Zahlen, die wir hier wahrscheinlich in wenigen Minuten wieder verabschieden, vom Stadttheater erreicht werden können. Und das ist mit Blick darauf, dass das Stadttheater eben in der regionalen Kulturförderung eingebunden ist, nicht ganz glücklich. Man sollte dort wirklich schauen, dass man mit realistischen Zahlen budgetiert und eben nicht zu optimistisch kalkuliert, indem man das dann nachher wieder nicht erreichen kann. Das ist für Langenthal nicht von Vorteil. Das sind so weit die Ausführungen unserer Fraktion. Ich danke noch einmal der Verwaltung; wir sind grundsätzlich sehr zufrieden, wie der Prozess ablief und jetzt sind wir auf die Detailberatung gespannt.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Besten Dank, Pascal Dietrich. Gibt es weitere Fraktionen? Sandro, Baumgartner für die SP/GL-Fraktion.

Sandro Baumgartner (SP): Liebe alle, ich komme noch einmal, aber ich werde nicht allzu lange sprechen. Wir schauten uns das Budget auch dementsprechend an und studierten es. Wir werden noch ein paar Anträge zur Botschaft stellen. Vorher wird von uns aber nichts mehr kommen. Gerne möchte ich noch einmal betonen, dass wir bezüglich der Mehrausgaben für die Kinder- und Jugendarbeit sehr dankbar sind, denn Prävention ist immer günstiger, als nachher zu reparieren. Zum Bereich Kultur möchten wir hier doch auch erwähnen, dass die Kulturkommission von sich aus ebenso einen Batzen einsparte. Aber ich möchte auch hier darauf hinweisen, dass dort die Beträge seit Jahren stabil sind, obwohl auch bei Kulturinstitutionen oder Sportvereinen natürlich der finanzielle Druck bezüglich des Ansteigens der Ausgaben enorm gross ist. Vielleicht müsste man dann auch hier einmal eine kleine Anpassung vornehmen. Aber schlussendlich finden wir das Budget gut und werden dem auch zustimmen. Merci.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Möchte sich jetzt noch eine andere Fraktion zu Wort melden? Das ist nicht der Fall. Gibt es Einzelsprecherinnen, Einzelsprecher? Da sehe ich auch niemanden. Wünscht der Gemeinderat noch zu Teil A das Wort? Das ist auch nicht der Fall. Damit ist die allgemeine Beratung des Budgets abgeschlossen.

B. Beratung des Budgets zur Erfolgsrechnung (allgemeiner steuerfinanzierter und spezialfinanzierter Haushalt) nach Budgetposten

Wir kommen zur Beratung der Budgetpositionen. Ihr findet das entsprechende Zahlenmaterial in der bekannten Aufteilung der sechs Positionen ab Seite 29 der Vorlage.

Budgetposition 0 "Behörden- und Führungsunterstützung"

Dazu wurden zwei Anträge angekündigt, werden die gestellt? Jawohl. Ich übergebe das Wort der GPK-Sprecherin Corinna Grossenbacher (SVP).

Antrag Geschäftsprüfungskommission zu Traktandum Nr. 3

0150	**Stadtrat / Geschäftsprüfungskommission / Büro Stadtrat**	Budget 2027 vom 1. Juli 2026	**Budget 2027 Antrag GPK**
0150.3130.50	Dienstleistungen Dritter	130'000.00	**200'000.00**

Stadtratssitzung 24. August 2026, Traktandum Nr. 3

GPK-Präsidentin Corinna Grossenbacher (SVP): Werter Herr Stadtratspräsident, liebe Gemeinderätin, liebe Gemeinderäte, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste, die GPK beantragt auf dem Konto Nr. 0150.3130.50 eine Erhöhung um gerundet Fr. 66’000.00 von Fr. 130'000.00 auf somit knapp Fr. 200’000.00. Wir begründet dies damit, weil die Stelle der Stadtratssekretärin auf ein Pensum von 80% erhöht werden soll, waren es zuvor ja 50% bis 60%. Warum ist das so? Man muss einfach sagen, dass mit der Stärkung des Stadtrats natürlich auch eine Professionalisierung seiner Parlamentsdienste einhergeht. Namentlich die Ausgaben im Zusammenhang mit der Sekretariatsführung und für das Stadtratsbüro nahmen sowohl an Umfang als auch an inhaltlichen Anforderungen, deutlich zu. Zudem muss die Stellvertretung der Sachbearbeitungsstelle im Umfang von 80% sichergestellt werden. Hierzu ist vielleicht festzuhalten, dass man dies alles ja auch bereits im Budgetprozess hätte beantragen können. Man muss dazu aber auch sagen, dass weder der Stadtrat und das Stadtratsbüro noch die GPK so richtig in den Budgetprozess einbezogen wurden, worauf dann der Gemeinderat vielleicht noch später zu sprechen kommt. Das ging alles sehr, sehr schnell und der Gemeinderat bot auch an, dies zusammen mit der Verwaltung für das nächste Jahr zu ändern.

Die Gründe sind, dass man "mit der schnellen Nadel" einfach sagte, dass die Position "Dienstleistung Dritter" diese Fr. 130’000.00 umfasst, was wir dann an der GPK-Sitzung mit unserem Stadtschreiber und unserem Ressortvorsteher Patrick Freudiger entsprechend diskutierten. Ihr hörtet es vielleicht, dass nun die Stelle für das neue Stadtratssekretariat, egal ob Sekretärin oder Sekretär, sowohl im Mandatsverhältnis als auch im Angestelltenverhältnis ausgeschrieben wurde. Dabei wurden wir zuerst einmal von Marc Häusler darauf aufmerksam gemacht, dass die Stelle heute nur mit 50% in Stellenetat enthalten ist. Damit man hier nicht einfach noch kurzfristig den Stellenetat hätte anpassen müssen, einigten wir uns dann im Gespräch mit Marco und Patrick in der GPK darauf, dass wir es im Moment bei der Position "Dienstleistung Dritter" drinstehen lassen. Analog zum Vorgehen bei der letzten Stellenbesetzung würden wir dann, falls wir jemandem im Anstellungsverhältnis finden würden, diese Position wieder in den Stellenetat übertragen. Beide Gesprächspartner erklärten sich mit diesem Vorgehen einverstanden, wofür sich auch die GPK entsprechend bedankte und dies sehr positiv zur Kenntnis nahm.

Was umfassen denn jetzt diese Fr. 66’000.00, was bislang unter diese Position noch nicht enthalten war? Dabei muss ich jetzt aber aufpassen, damit ich hier nichts vergesse. Über das GPK-Konto laufen die Kosten für die Revision der Jahresrechnung; das heisst, das sind Fr. 34’000.00 für die PWC, die auch im Jahr 2027 anfallen werden. Daneben geht es um rund Fr. 1’000.00 für Nachweise der Geschäftsbeziehungen, was die Nachweise für die Banken, die in der Revision gebraucht werden, beinhaltet. Dann immer sehr geschätzt geht es dabei auch um die tollen Protokolle von Thomas Thurnherr sowie die Leistung der Haslibrunnen AG für die Sitzungsvorbereitung des Saals und für die technische Betreuung, womit auch gut Kosten von Fr. 20’000.00 dazukommen. Und dann bewilligten wir ja für ein Jahr das MediaParl-Tool der recapp AG, was auch zu weiteren Kosten in der Höhe von Fr. 9’800.00 führt. So setzt sich dann der zusätzliche Betrag über

diese Fr. 66’000.00 zusammen. Nachdem nun langsam die ersten Bewerbungen eingetroffen sind, und sobald klar ist, ob wir jemand im Anstellungsverhältnis engagieren, gelangen wir natürlich auch wieder entsprechend an den Stadtrat, um dafür im Prinzip eine Stellenetat-Erhöhung zu beantragen. Im Namen der GPK wäre ich euch dankbar, wenn ihr diesem zusätzlichen Budgetbetrag für das Konto Nr. 0150.3130.50 von Fr. 66’000.00 zur Erhöhung auf rund Fr. 200’000.00 zustimmen könntet. Besten Dank.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Der hiermit gestellte Antrag wird jetzt diskutiert und beraten und es wird anschliessend darüber abgestimmt. Gibt es Wortmeldungen von Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprechern? Das ist nicht der Fall. Einzelsprecherinnen, Einzelsprecher? Ich sehe auch niemanden. Wünscht der Gemeinderat das Wort? Dem ist so. Es spricht Patrick Freudiger, Ressortvorsteher Finanzen.

Gemeinderat Patrick Freudiger (SVP): Danke, Herr Präsident, geschätzte Anwesende, wir bedanken uns vor allem für die Gelegenheit, dass wir die Kenntnis des Antrags erhalten durften. Das ermöglichte uns dessen Beratung am letzten Mittwoch. Wir bekamen nun von der Sprecherin dargelegt, dass dort eben nicht alles enthalten ist, sodass es von daher absolut nachvollziehbar ist, wenn man den Betrag entsprechend erhöht. Je nachdem wird dann allenfalls auch eine Anpassung des Stellenetats nötig sein, was wir jetzt kürzlich beschlossen. Möglicherweise muss dann ein solcher Antrag noch einmal in den Stadtrat, um dadurch auch die formellen Hürden zu beseitigen. Im Übrigen nahmen wir von Seiten des Gemeinderates ebenfalls mit, dass man bei den Budgetierungen der Positionen, die den Stadtrat betreffen, für das neue Jahr möglicherweise das eine oder andere anders machen sollte. Merci fürs Zuhören.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Danke. Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag der GPK zur Erhöhung der Budgetposition Konto Nr. 0150.3130.50 von Fr. 130’000.00 auf Fr. 200’000.00 zustimmen will, zeigt das jetzt mit der Karte. Gibt es Nein-Stimmen? Enthaltungen?

<u>Abstimmung über den Änderungsantrag der GPK zu Konto Nr. 0150.3130.50</u>

37 Ja für Antrag GPK: einstimmig angenommen

0 Nein

0 Enthaltungen

Antrag Geschäftsprüfungskommission zu Traktandum Nr. 3

0150 0150.3130.50	**Stadtrat / Geschäftsprüfungskommission / Büro Stadtrat** Dienstleistungen Dritter	Budget 2027 vom 1. Juli 2026 130'000.00	**Budget 2027** **Antrag GPK** **200'000.00**

Stadtratssitzung 24. August 2026, Traktandum Nr. 3

Wir sind weiterhin bei Position Konto Nr. 0150 "Stadtrat" und als Präsident des Büros des Stadtrats weiss ich, dass das Büro einen Antrag stellen wird. Ich bitte die Vizepräsidentin des Büros um die Begründung dieses Antrags. Es spricht erneut Corina Grossenbacher (SVP).

Stadtratsvizepräsidentin Corinna Grossenbacher (SVP): Das Büro des Stadtrats beantragt euch, unter Konto Nr. 0150.3199.17 Fr. 170'000.00 für "nicht vorhersehbare Ausgaben des Stadtrats" im Budget 2027 einzustellen. Wir begründen es damit, dass es aus Sicht des Büros unterschiedliche Aspekte gibt, warum ein höherer Beitrag anstelle der zuvor vorgesehenen Fr. 60'000.00 ins Budget eingestellt werden sollten. Eine Null ist für das Büro nicht akzeptabel. Ich erwähnte es bereits zuvor, dass es vielleicht gute Gründe dafür gab, zumal der Gemeinderat nicht einfach einen Betrag festlegen wollte, womit das Büro nicht einverstanden gewesen wäre. Deshalb möchte ich euch kurz erläutern, warum wir das gerne hätten. Der Stadtrat setzte eine eigene Kommission ein, die gegebenenfalls juristische Unterstützung benötigen könnte. Es liegt wohlgemerkt auf der Umschreibung "benötigen könnte". Warum?

Antrag Büro des Stadtrates zu Traktandum Nr. 3

0150 0150.3199.17	**Stadtrat / Geschäftsprüfungskommission / Büro Stadtrat** Budgetkredit für nicht vorhersehbare Ausgaben des Stadtrats	Budget 2027 vom 1. Juli 2026	**Budget 2027 Antrag Büro Stadtrat** **170'000.00**

Stadtratssitzung 24. August 2026, Traktandum Nr. 3

Die heutige Stadtratssekretärin Barbara Labbé kann die Kommission in ihrem Mandatsverhältnis rechtlich bis März 2027 unterstützen. Das Büro geht zurzeit nicht davon aus, dass die Revision der GO[1] des Stadtrats bis dahin abgeschlossen sein wird. Wie ihr alle wisst, gibt es Artikel, die auch die Stadtverfassung betreffen, die nicht allein durch die Kommission beraten werden können. Vorhin erwähnte ich bereits, dass die GPK zurzeit auf der Suche nach einer neuen Stadtratssekretärin oder Stadtratssekretär ist. Dabei tröpfeln die Bewerbungen – wie bei der letzten Ausschreibung – langsam herein. Dabei ist als "A" kaum was dabei, was wir als "A-Bewerbung" einstufen würden. Daher müssen wir unter anderem auch damit rechnen, dass Barbara Labbé für die Einarbeitung dieser neuen Stadtratssekretärin eventuell noch über ihr per März 2027 endendes Mandatsverhältnis hinaus benötigt wird. Auch dafür wird der Stadtrat ein Budget benötigen. Wir erhöhten nun zwar soeben diese Position, aber da geht es nun effektiv um den Lohn, respektive um den Mandatsbeitrag. Des Weiteren überlegte sich das Büro, dem Stadtrat die Prüfung der Anschaffung einer mobilen Abstimmungsanlage vorzuschlagen, was auch nicht gratis funktioniert. Zuletzt möchte ich vielleicht noch sagen, dass am Ende immer der gesamte Stadtrat darüber entscheidet, ob Geld in die Finger genommen wird oder nicht, und nicht das Büro. Also mit anderen Worten, das Büro will hier nicht irgendwelches Geld verplempern oder rausschleudern, aber wir möchten am Ende auch nicht für Nachkredite etc. betteln gehen müssen. Somit handelt es sich hier lediglich um eine Budgetposition, sodass wie euch bitten, diesen Antrag zu unterstützen. Merci vielmals.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Besten Dank. Somit liegt dieser Antrag begründet vor. Gibt es Wortmeldungen von Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprechern? Linus Rothacher für die SP/GL-Fraktion.

Linus Rothacher (SP): Ja, merci vielmals, ich nütze gerne die Gelegenheit, hier auch die Gedanken unsere Fraktion dazu mitzuteilen. Uns ist klar, dass diese Position wohl sicher nicht mit null festgelegt werden kann. Zum anderen erschien uns das halt schon ein bisschen fragwürdig, nachdem man hier im letzten Jahr einen Budgetprozess einführte, wonach man jetzt ganz genau budgetieren und notfalls eben einen Nachkredit in Kauf nehmen will, was hier unter grossem Applaus von allen Fraktionen mitgetragen wurde. Deshalb ist dieser Antrag bei uns schon ein bisschen mit grösseren Fragezeichen verbunden, dass man hier einen solchen Betrag für Unvorhergesehenes, der ja sogar auch mal noch höher war, einstellen will, wofür man aber auch einen Nachkredit sprechen könnte. Das ist eine, das wir ein bisschen mit einem gewissen Stirnrunzeln zur Kenntnis nahmen. Zudem ist uns noch wichtig zu betonen ist, dass man, falls das heute

[1] GO = Geschäftsordnung

Abend so verabschiedet wird, bei konkreter Durchführung eines Projekts beispielsweise eine weitere Kommission einsetzen sollte, was dann eine Frage ist, die im Stadtrat diskutiert werden muss und mit dem heutigen Entscheid nicht vorweggenommen werden kann. Merci vielmals.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Gibt es weitere Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher? Für die FDP/jll/L49-Fraktion spricht Pascal Dietrich.

Pascal Dietrich (Liste 49): Ja danke, Herr Präsident, unsere Fraktion diskutierte diesen Antrag schon auch noch intensiv, denn wir machten uns ähnliche Überlegungen wie die SP/GL-Fraktion. Man sagte ja wirklich, dass man die Budgetgenauigkeit verbessern will, und dieser Antrag führt natürlich ein bisschen dazu, dass man mit "Unvorhergesehenem" ein bisschen Luft hineinbläst, was eigentlich etwas ist, das man im Budget ja nicht mehr will. Auch wenn es beide Positionen in der Fraktion gab, waren wir dann nachher aber trotzdem grossmehrheitlich dafür, das Büro in diesem Fall zu unterstützen; auch mit dem Gedanken, dass man anhand der Erfahrungen aus der Vergangenheit ein bisschen vorsichtig wurde und hier lieber ein Polster hat. Das könnte ja dann in der aktuellen Situation auch besser laufen. Aber man fand auch, dass man kein Risiko mehr eingehen will und sich nun eben dieses Polster schaffen soll. Unsere Fraktion unterstützt das grossmehrheitlich, obschon man eben die bereits geäusserten Bedenken auch sieht. Aber vielleicht ist das dann an einem anderen Ort auch nicht mehr ganz so nötig. Merci.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Gibt es weitere Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher? Gibt es Einzelsprecherinnen und Einzelsprecher? Das Wort hat das Saima Sägesser (SP).

Saima Linnea Sägesser (SP): Merci dem Büro für das Vorbereiten. Ich werde das Ablehnen, ich finde es aus den bereits angebrachten Argumenten nicht verhältnismässig. Wir diskutierten hier schon ellenlang über mickrige Beträge und verlangten dabei von den entsprechenden Stakeholdern extrem viel. Hier soll jetzt einfach ein Betrag als Puffer eingebaut werden, damit man ihn dann eventuell brauchen könnte. Ich möchte gerne, dass wir in solchen Fällen mit Nachkrediten arbeiten, wenn man effektiv weiss, um was es geht.

An dieser Stelle möchte ich noch anbringen, dass ich es nicht so toll finde, wenn die Sprecherin des Büros zu aktuellen Bewerbungsverläufen sagt, dass da eigentlich noch nichts Gutes dabei ist. In einem öffentlichen Setting ist das nicht Ausdruck von Wertschätzung, wenn man sich bei der Stadt Langenthal bewirbt und hier arbeiten möchte.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Gibt es weitere Wortmeldungen? Möchte sich der Gemeinderat nochmals zu Wort melden?

Gemeinderat Patrick Freudiger (SVP): Der Gemeinderat hatte auch hier die Gelegenheit, sich am letzten Mittwoch mit diesem Antrag auseinanderzusetzen. Der Gemeinderat wird keinen Antrag stellen, ob man jetzt hier annehmen oder ablehnen soll. Das ist vielleicht ein bisschen ungewöhnlich, hat aber mit der Budgetierung zu tun, was ich mir in aller Kürze zu erklären erlaube. Die Budgetposition "Unvorhergesehenes" zugunsten des Stadtrats ist ja relativ neu. Beim Blick in die Jahresrechnung 2025 seht ihr, dass dort noch nichts drinstand, weil es diese Position noch gar nicht gab. Im Budget 2026 stellte man erstmalig diese Fr. 60’000.00 ein und dieses Mal wurde ein Betrag eingegeben, der doch nicht unerheblich höher ausfiel als diese Fr. 60’000.00. Die Finanzkommission beantragte dann aber, diesen zu streichen und der Gemeinderat stimmte dem zu. Warum entscheid man so? Es wurde bereits von verschiedenen Votantinnen und Votanten ausgeführt, dass man eigentlich mit dem Gemeinderat übereinkam, möglichst genau budgetieren zu wollen. Somit wurde also das Vorsichtsprinzip bejaht, aber ein Übervorsichtsprinzip abgelehnt. Wir gewannen im letzten Jahr den Eindruck, dass alle Fraktionen diesem Vorgehen zustimmten. Dabei steht ein Budgetposten für "Unvorhergesehenes" irgendwo ein bisschen in einem Spannungsfeld zum Postulat für eine genaue Budgetierung. Auf der anderen Seite sind aber der Stadtrat und das Stadtratsbüro keine Verwaltungseinheit und die vom Gemeinderat jährlich verabschiedeten Budgetweisungen gelten gegenüber der Verwaltung, bei der man als Gemeinderat auch weisungsbefugt ist. Dazu gehört das Stadtratsbüro aber naturgemäss nicht, weil das Stadtratsbüro im Gegenteil staatsorganisatorisch über dem Gemeinderat steht. So stellte sich dem Gemeinderat die Frage, wie man jetzt mit einem Begehren umgeht, das mit den Budgetweisungen nicht kongruent ist, aber von einem Organ gestellt wird.

Der Gemeinderat entschied sich dann aber - das kann man jetzt kritisch sehen oder auch nicht – für die formelle Überlegung zu sagen, dass er dem Stadtrat die Diskussion überlassen möchte, welchen Betrag er unter dem Titel "Unvorhergesehenes" einstellen möchte. Er möchte damit auch zum Ausdruck bringen, dass die Budgetweisung primär eine Budgetweisung für die Verwaltung ist. Und ja, naturgemäss setzt man immer auch Budgetposten für stadträtliche Geschäfte ein, so wie man sie in den vergangenen Jahren auch hatte. Aber zur Wahrheit gehört eben auch, dass jetzt die Position "Unvorhergesehenes" etwas ist, das relativ neu ist und so anhand der Weisungen nicht unbedingt zu antizipieren ist.

Übrigens nehme ich zur Kenntnis, Pascal Dietrich, dass man die Medienmitteilung besser machen könnte, was wir auch für das nächste Jahr mitnehmen. Aber ich erlaube mir immerhin zu betonen, dass man im Mediencafé klar darauf hinwies, dass noch Anträge des Stadtrates kommen könnten.

Ich komme zurück zum eigentlichen Thema. Man einigte sich nachher auf eine formelle Perspektive und sagte, dass man den Entscheid dem Stadtrat überlassen möchte, welchen Betrag er dort einstellen will. Wir erachteten es insbesondere für nicht angebracht, dass wir vom Gemeinderat dem Parlament sagen, wie viel es doch gefälligst zur Verfügung haben sollte. Und dann strich man diese Position nicht einfach in dem Sinn auf null, sondern man versuchte, die Diskussion dem Parlament zu überlassen. Jetzt, nach all diesen Wochen des Budgetierens, muss man sagen, dass dies ein gewisser Versuch einer pragmatischen Herangehensweise war, aber vielleicht auch nicht ganz zu Ende gedacht war.

Es wäre wohl fairer gewesen, wenn man das Stadtratsbüro auch an den Budgetnachmittag der FiKo[1] eingeladen hätte, damit es dort den Antrag hätte begründen können. Für das nächste Jahr, und wir teilten das den Behörden, namentlich auch der GPK, auch bereits mit, sind wir gerne bereit, den Budgetierungsprozess für den Stadtrat betreffende Positionen zu überdenken. Sei es jetzt so, dass man dem Stadtratsbüro dann die Möglichkeit gibt, an die Sitzung der Finanzkommission zu kommen, oder staatsorganisatorisch vielleicht sogar stufengerechter, dass man sagt, Budgetweisungen fokussiert man klar und ausdrücklich nur auf die Geschäfte, bei denen der Gemeinderat auch eine entsprechende Weisungsbefugnis hat, weil auch nur dort die Einhaltung der Budgetierungsweisungen einen praktischen Sinn ergeben. Wir sind auf jeden Fall offen für Verbesserungen. Wichtig ist noch einmal zu sagen, dass es nicht einfach darum ging, etwas zu streichen oder zu sagen, dass man nichts zugut hat, sondern man nahm bewusst die formelle Perspektive ein, um dem Zweispalt zwischen genauer Budgetierung und der Tatsache, dass sich das Büro eben genau nicht auf diese Weisung behaften lassen muss, gerecht zu werden. Danke für eure Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Besten Dank. Nun hat nochmals die Sprecherin der Antragsteller das Wort.

Stadtratsvizepräsidentin Corinna Grossenbacher (SVP): Geschätzter Herr Stadtratspräsident, liebe Gemeinderätin, liebe Gemeinderäte, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste, liebe Saima, ich möchte vielleicht noch kurz etwas zu deiner Bemerkung anführen. Es ging mir überhaupt nicht darum, den Bewerbungsprozess der Stadt schlecht zu machen, sondern ich sagte lediglich, dass die eingegangenen Bewerbungen nicht alle einem AAA entsprechen, so wie wir das schon vom letzten Mal her kennen. Und das heisst, es wird unter Umständen nicht einfach, aber es ist nach wie vor offen. Wir hoffen, es bewerben sich noch viele. Wir geben natürlich von der GPK her auch vor, was die Anforderungen und die Kriterien sind, und da gehört es auch dazu, dass sich Leute bewerben, die diese Kriterien gar nicht erfüllen. Und das ist nichts Negatives, sondern ich wollte damit einfach ausdrücken, dass es nicht einfach sein wird, jemanden mit der Qualifikation zu finden, wie wir sie heute mit Barbara Labbé haben. Somit war das überhaupt nicht despektierlich gemeint. Das zweite, was ich dem Rat noch mitgeben möchte, ist, dass wir mindestens diese Fr. 12’000.00 einstellen müssten, da diese aufgrund der Revision der Geschäftsordnung, wonach das Büro über die Hoheit eines Betrags von Fr. 12’000.00 verfügt, bereits gesprochen wurden. Merci vielmals.

---

[1] FiKo = Finanzkommission

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Es ist noch eine Frage nicht beantwortet, die Linus Rothacher stellte. Und zur Beantwortung dieser Frage nach den Abläufen möchte ich den Stadtrat bitten, dazu Art 15 Abs. 1 Buchstabe H der Geschäftsordnung nachzuschlagen. Dieser wurde nämlich am 30. März 2026 verabschiedet und darin sind die Spielregeln klar formuliert: Das Büro des Stadtrats "entscheidet bis zu einem Betrag von Fr. 12'000.00 im Einzelfall über die mit dem Budget bewilligten Mittel für den Stadtrat und beantragt dem Stadtrat Ausgaben, die darüber hinausgehen". Also wenn wir nichts einstellen, dann haben wir keine im Budget bewilligten Mittel und es ist klar, dass Ausgaben, die im Einzelfall über Fr. 12’000.00 liegen, durch das gesamte Gremium vom Stadtrat zu verabschieden sind. Es ist mir einfach wichtig, das noch einmal klarzustellen, weil die Bestimmung neu ist und für den letzten Budgetprozess noch nicht existierte. Gibt es jetzt noch weitere Fragen? Es ist mir entscheidend wichtig, dass das Prozedere klar ist, und dass, falls diese Erhöhung im Budget beschlossen wird, damit noch keine einzige Ausgabe verabschiedet ist und dann die zwei Organe, das Büro und der Stadtrat als Ganzes, je nach Höhe der Ausgabe, entsprechende Beschlüsse fassen müssen. Gibt es zu dieser Frage noch eine Unklarheit? Wünscht noch jemand das Wort? Wenn das nicht der Fall ist, stimmen wir über den Antrag des Büros ab.

Wer der Position 0150.3199.17 einen Budgetkredit von Fr. 170’000.00 zuweisen will, zeigt das jetzt mit der Karte. Wer den Antrag ablehnt, zeigt es jetzt mit der Karte. Wer sich der Stimme enthält, hält jetzt die Karte in die Höhe. Danke.

Abstimmung über den Antrag des Stadtratsbüro zu Konto Nr. 0150.3199.17

26 Ja für Antrag des SR-Büros: angenommen

4 Nein

7 Enthaltungen

Antrag Büro des Stadtrates zu Traktandum Nr. 3

0150 0150.3199.17	**Stadtrat / Geschäftsprüfungskommission / Büro Stadtrat** Budgetkredit für nicht vorhersehbare Ausgaben des Stadtrats	Budget 2027 vom 1. Juli 2026	**Budget 2027 Antrag Büro Stadtrat** **170'000.00**

Stadtratssitzung 24. August 2026, Traktandum Nr. 3

Besten Dank. Wir sind immer noch bei Budgetposition 0. Gibt es weitere Anträge oder Meinungsäusserungen dazu? Damit schliessen wir die Beratung zur Budgetposition 0 und stellen fest, dass sich der Aufwand des Budgets unter dieser Position 0 um insgesamt Fr. 240'000.00 erhöht.

Budgetposten 1 "Zentrale Dienste"

Ohne Wortmeldung.

Budgetposten 2 "Finanzwesen"

Ohne Wortmeldung.

Budgetposten 3 "Bauwesen"

Ohne Wortmeldung.

Budgetposten 4 "Polizei, Militär, Feuerwehr und Einwohnerdienst"

Ohne Wortmeldung.

Budgetposten 5 "Sozialwesen"

Ohne Wortmeldung.

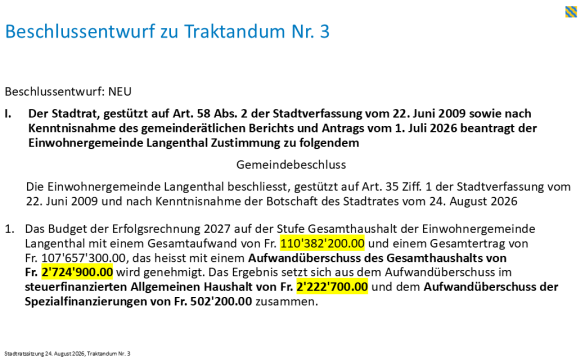
Budgetposten 6 "Bildung, Kultur und Sport2

Ohne Wortmeldung.

Bevor wir die Position verlassen, stelle ich sicherheitshalber noch einmal die Frage, ob ich zu Teil B in der Beratung der einzelnen Positionen der Erfolgsrechnung niemanden übersah? Nein. Somit erkläre ich die Beratung als geschlossen. Wünscht der Gemeinderat noch das Schlusswort? Nein.

C. Abstimmung über den grau markierten Teil des Beschlussentwurfs und dessen Bereinigung

Dann kommen wir zum Beratungsablauf gemäss Punkt C mit der Abstimmung. Wir stimmen über den im B&A grau markierten Teil ab. Und jetzt müssen wir aufpassen. Ich bitte, Léon Metz nochmals die Zahlen zu überprüfen, ob wir da jetzt mit diesen Erhöhungen um Fr. 240’000.00 die angepassten Zahlen richtig einsetzten. Die erste Zahl, der Gesamtaufwand, müsste Fr. 110’382’200.00 betragen, siehst du das auch also? Gut. Die zweite Zahl beträgt Fr. 2’724’900.00 und umfasst den Aufwandüberschuss des Gesamthaushalts. Mir geht es nur darum, ob wir jetzt während der Verhandlung richtig rechneten. Somit beläuft sich der Aufwandüberschuss im allgemeinen Haushalt auf neu Fr. 2’222’700.00. Ist das richtig? Gut, das wird bestätigt. Ich bitte euch jetzt zur Sicherstellung eines korrekten Abstimmungsprozederes um die Abstimmung des hier eingeblendeten Beschlussentwurfs gemäss Ziffer I zu Ziffer 1. Wer dem so zustimmen kann, zeigt es mit der Karte. Wer Nein stimmt, zeigt es jetzt. Wer sich enthält, zeigt es jetzt.



Beschlussentwurf zu Traktandum Nr. 3

Beschlussentwurf: NEU

I. **Der Stadtrat, gestützt auf Art. 58 Abs. 2 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichts und Antrags vom 1. Juli 2026 beantragt der Einwohnergemeinde Langenthal Zustimmung zu folgendem**

Gemeindebeschluss

Die Einwohnergemeinde Langenthal beschliesst, gestützt auf Art. 35 Ziff. 1 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 und nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 24. August 2026

1. Das Budget der Erfolgsrechnung 2027 auf der Stufe Gesamthaushalt der Einwohnergemeinde Langenthal mit einem Gesamtaufwand von Fr. 110'382'200.00 und einem Gesamtertrag von Fr. 107'657'300.00, das heisst mit einem **Aufwandüberschuss des Gesamthaushalts von Fr. 2'724'900.00** wird genehmigt. Das Ergebnis setzt sich aus dem Aufwandüberschuss im **steuerfinanzierten Allgemeinen Haushalt von Fr. 2'222'700.00** und dem **Aufwandüberschuss der Spezialfinanzierungen von Fr. 502'200.00** zusammen.

Stadtratssitzung 24. August 2026, Traktandum Nr. 3

Gut, bei dieser Abstimmung stimmten alle 37 Mitglieder des Stadtrats zu, es gibt keine Enthaltungen und keine Nein-Stimmen.

Nun stimmen über den zweiten Block von Ziffer I ab. Dazu verweise ich auf den Beschlussentwurf, wie er uns vom Gemeinderat unterbreitet vorliegt: "2. Für das Jahr 2027 werden festgelegt: a. die Steueranlage für die obligatorischen Gemeindesteuern unverändert auf das 1.44-fache der für die Kantonssteuern geltenden Einheitssätze; b. die Liegenschaftssteuer unverändert auf 1.0 ‰ des amtlichen Wertes. 3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt". Wer dieser Ziffer 2 und Ziffer 3 unter Ziffer I zustimmen kann, zeigt es jetzt mit der Karte. Gibt es Nein-Stimmen. Enthaltungen? Auch hier stimmten sämtliche Stadträtinnen und Stadträte ohne Nein-Stimmen und Enthaltungen zu.

D. Beratung und Abstimmung zur Abstimmungsbotschaft

Damit kommen wir zum letzten Punkt im Beratungsablauf, der Beratung und der Abstimmung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft. Wir gehen die Botschaft Seite für Seite durch, sofern es keine Wortmeldungen zur Botschaft als Ganzes gibt. Das ist nicht der Fall.

Titelblatt und Inhaltsverzeichnis

Ohne Wortmeldung.

Seite 3

Das Wort hat Sandro Baumgartner als Sprecher der SP/GL-Fraktion.

Sandro Baumgartner (SP): Ja, liebe alle, uns fiel auf, dass auf Seite 3 die Fiskalerträge mit 2,01 Mio. Franken umschrieben werden, sonst ist überall von 2,07 Mio. Franken die Rede. Ich weiss nicht, was jetzt stimmt, aber das kann man ja sicher korrigieren, falls diese 2,01 nicht stimmen oder hinten diese 2,07.

Antrag SP / GL-Fraktion zu Traktandum Nr. 3
Abstimmungsbotschaft; Seite 3

Das budgetierte Defizit der Erfolgsrechnung 2027 für den steuerfinanzierten Allgemeinen Haushalt beträgt Fr. – 1.98 Mio.

Das Ergebnis fällt gegenüber dem *Ergebnis im Budget 2026* (Fr. – 2.60 Mio.) um rund Fr. 0.62 Mio. besser aus und liegt innerhalb der im Budgetprozess vorgegebenen Marke eines maximal zulässigen Defizits von Fr. 2.0 Mio. Mit dem budgetierten Ergebnis von Fr. – 1.98 Mio. in der Erfolgsrechnung des steuerfinanzierten Allgemeinen Haushalts wird per Ende des Jahres 2027 ein Bilanzüberschuss von rund Fr. 67.27 Mio. prognostiziert.

Die Verbesserung im Budgetergebnis 2027 des steuerfinanzierten Allgemeinen Haushalts gegenüber dem Budget 2026 ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen. Wesentliche Beiträge leisten die höheren Fiskalerträge von Fr. 2.01 Mio. sowie das um Fr. 3.60 Mio. bessere Ergebnis beim Transferertrag. Demgegenüber wird beim Sach- und übrigen Betriebsaufwand ein Mehraufwand von Fr. 1.23 Mio. erwartet. Zudem fallen ausserordentliche Aufwände von netto Fr. 1.45 Mio. an (insb. zufolge reglementarischer, einmaliger Starteinlage in die neue Spezialfinanzierung Nachhaltigkeit, Energie und Werterhalt [SF NEW]).

Seite 68 2.07 Mio

Stadtratssitzung 24. August 2026, Traktandum Nr. 3

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Ist jemand dagegen, dass wir das als redaktionelle Anpassung entgegennehmen und damit auf eine Abstimmung verzichten. Das ist nicht der Fall, sodass wir dies so entgegennahmen. Nun möchte sich der Gemeinderat noch dazu äussern.

Gemeinderat Patrick Freudiger (SVP): Merci, Herr Präsident. Die Abstimmungsbotschaft ist ja eine Botschaft des Stadtrates. Und von dem her erteilte man in den vergangenen Jahren dem Büro den Auftrag zur Endbereinigung, was jetzt aufgrund der geänderten Zahlen sowieso nötig ist, weil das Defizit nicht mehr ganz stimmt. Ich erlaube mir dabei einfach das Büro darauf hinzuweisen, dass man bezüglich des maximal zulässigen Defizits, das zu berücksichtigen war und nun aufgrund der beschlossenen Anpassungen jetzt quasi nur noch fast, oder je nachdem nur für die weisungsgebundene Verwaltung eingehalten werden konnte, dies bei der Endbereinigung entsprechend zu berücksichtigen, besten Dank. Dies betrifft zuerst Seite 3 und nachfolgend auch zwei weitere Folgeseiten, was wir dann aber noch bilateral anschauen können. Ich danke für die Kenntnisnahme.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Auch diese Anregung bezüglich Seite 3 und weiteren sowie der Umschreibung auf Zeile 3 betreffend das maximal zulässige Defizit von 2 Mio. Franken stimmt so auch nicht mehr ganz, sodass dies ebenso angepasst werden muss. Ist jemand dagegen, dass das ebenfalls als redaktionelle Anpassung angeschaut wird? Nein. Gibt es weitere Anträge zu Seite 3? Nein.

<u>Seite 4</u>

Sandro Baumgartner (SP): Hier gibt es einen Rundungsfehler. Auf den späteren Seiten werden die Ergebnisse der Spezialfinanzierungen mit Fr. 502’200.00 abgerundet und mit Fr. 502’000.00 angegeben. Hier aber wird auf Fr. 503’000.00 aufgerundet.

Antrag SP / GL-Fraktion zu Traktandum Nr. 3
Abstimmungsbotschaft ; Seite 4

Ergebnisübersicht

a) Ergebnis im Budget 2027 des *steuerfinanzierten Allgemeinen Haushalts*:

Erfolgsrechnung	Budget 2027 in TFr.	Budget 2026 in TFr.
Ergebnis Erfolgsrechnung Allgemeiner Haushalt	-1'983	-2'603

b) Ergebnisse im Budget 2027 der *Spezialfinanzierungen*:

Erfolgsrechnung	Budget 2027 in TFr.	Budget 2026 in TFr.
Ergebnis Spezialfinanzierung Abwasserentsorgung	-497	-63
Ergebnis Spezialfinanzierung Kehrichtbeseitigung	91	38
Ergebnis Spezialfinanzierung Feuerwehr	-97	-238
Total Ergebnisse der Spezialfinanzierungen	-503	-263

Rundungsfehler

Seite 12 + 16 + 18 502'200

c) Ergebnis im Budget 2027 des *Gesamthaushalts*:

Erfolgsrechnung	Budget 2027 in TFr.	Budget 2026 in TFr.
Ergebnis Erfolgsrechnung Gesamthaushalt	-2'485	-2'866

Stadtratssitzung 24. August 2026, Traktandum Nr. 3

Visiert 07.2026 gac.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Aufgrund der Historie sind diese Rundungsdifferenzen immer ein Diskussionspunkt, indem man sich fragt, auf was man sich beziehen soll; gehen wir auf das, was in den Tabellen richtig ist, oder gehen wir auf die Gesamtzahl? Ist die SP/GP-Fraktion damit einverstanden, wenn man es analog zu den Vorjahren macht? Gut, dann ist die SP/GL-Fraktion auch einverstanden, wenn man das ebenfalls als redaktionelle Anpassung anschaut. Ist jemand mit dieser redaktionellen Anpassung nicht einverstanden? Gut, dann erübrigt sich eine Abstimmung.

Seite 5 bis Seite 7

Ohne Wortmeldung.

Seite 8

Sandro Baumgartner (SP): Ja, ich glaube, diese 2,1 Mio. Franken sollten mit +4,7% und nicht mit +1,8% umschrieben werden, was auch der Herr Finanzminister vorhin so aufzeigte und auch im Anhang so enthalten ist. Dies kann erneut im Rahmen einer redaktionellen Änderung korrigiert werden. Vielen Dank.

Antrag SP / GL-Fraktion zu Traktandum Nr. 3
Abstimmungsbotschaft ; Seite 8

1.1.4 Transferaufwand

Budget 2027	Budget 2026	Jahresrechnung 2025
Fr. 46'935'700	Fr. 44'835'500	Fr. 44'907'998

Im Transferaufwand sind alle Zahlungen an Dritte (Bund, Kanton, andere Gemeinwesen, Unternehmen, Vereine, Private) enthalten, denen keine direkten Gegenleistungen gegenüberstehen (im Gegensatz zum Beispiel beim Sach- und Personalaufwand). Die Transferaufwendungen erhöhen sich im Vergleich zum Budget 2026 um Fr. 2.10 Mio. (+ 1.8 %), wobei im Wesentlichen der Lastenausgleich Sozialhilfe mit Fr. + 0.6 Mio. und Beiträge an private Haushalte (Sozialhilfe, Alimente, Beiträge Tagesschulen) mit Fr. + 1.1 Mio. zu Buche stehen.

Stadtratssitzung 24. August 2026, Traktandum Nr. 3

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Ist jemand dagegen, dies als redaktionelle Anpassung zu sehen? Nein. Gibt es hier weitere Anträge? Nein.

Seite 9

Ohne Wortmeldung.

Seite 10

Sandro Baumgartner (SP): Ich bin in Deutsch nicht so gut, aber dort steht "um Budget" anstatt "zum Budget", was ebenso redaktionell geändert werden kann.

Antrag SP / GL-Fraktion zu Traktandum Nr. 3
Abstimmungsbotschaft ; Seite 10

1.3 Finanzergebnis des steuerfinanzierten Allgemeinen Haushalts

in Fr.	Budget 2027	Budget 2026	Jahresrechnung 2025
Finanzaufwand	Fr. -1'485'300	Fr. -1'659'900	Fr. -1'892'047
Finanzertrag	Fr. 3'705'400	Fr. 3'842'200	Fr. 7'069'325
Ergebnis aus Finanzierung	Fr. 2'220'100	Fr. 2'182'300	Fr. 5'177'278

Das Finanzergebnis sieht einen Nettoertrag von rund Fr. 2.20 Mio. vor. Das Ergebnis ist durch im Vergleich zum Budget 2026 höhere Aufwendungen für Fremdkapitalzinsen und höhere Erträge aus den Kapitalanlagen bestimmt. In der Summe trägt diese Konstellation im Vergleich um Budget 2026 zu einer Ergebnisverbesserung von Fr. 0.04 Mio. bei.

zum?

Stadtratssitzung 24. August 2026, Traktandum Nr. 3

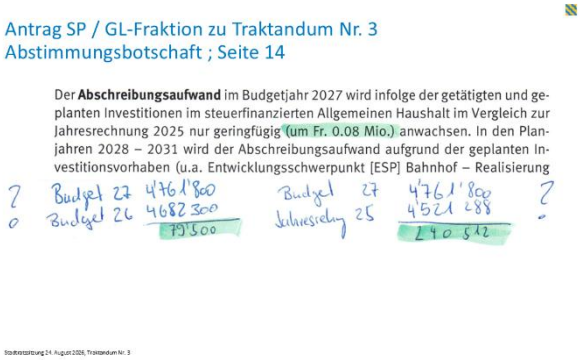
Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Ich denke, das ist eine verbreitete Meinung und wird ohne andere Meinung als redaktionelle Anpassung korrigiert. Weitere Bemerkungen zu Seite 10?

Seite 11 bis Seite 13

Ohne Wortmeldung.

Seite 14

Sandro Baumgartner (SP): Also ich bin auch im Rechnen nicht so gut, aber wenn ich das Budget 2027 mit der Jahresrechnung 2025 vergleiche, so ergibt sich daraus eine Differenz von Fr. 240’512.00 und allein der Vergleich zwischen Budget 2027 und Budget 2026 ergibt eine Differenz von Fr. 79’500.00, sprich diese 0,08%. Ich weiss nun nicht, was stimmt.


Antrag SP / GL-Fraktion zu Traktandum Nr. 3
Abstimmungsbotschaft ; Seite 14

Der **Abschreibungsaufwand** im Budgetjahr 2027 wird infolge der getätigten und geplanten Investitionen im steuerfinanzierten Allgemeinen Haushalt im Vergleich zur Jahresrechnung 2025 nur geringfügig (um Fr. 0.08 Mio.) anwachsen. In den Planjahren 2028 – 2031 wird der Abschreibungsaufwand aufgrund der geplanten Investitionsvorhaben (u.a. Entwicklungsschwerpunkt [ESP] Bahnhof – Realisierung

? Budget 27 4761'800 Budget 27 4761'800 ?
Budget 26 4682300 Jahresrechnung 25 4521 288
79'500 240 512

Stadtratssitzung 24. August 2026, Traktandum Nr. 3

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Das Wort hat Ressortvorsteher Patrick Freudiger (SVP).

Gemeinderat Patrick Freudiger (SVP): Vorab ein herzliches Merci für die aufmerksame Lektüre der Abstimmungsbotschaft. Die Bemerkung ist richtig. Es schlich sich hier aufgrund einer fehlerhaften Übernahme der Daten aus der letztjährigen Botschaft ein Fehler ein, wofür ich mich entschuldigen möchte. Die Zahl ist so richtig, aber der Quervergleich erfolgt selbstverständlich nicht zur Jahresrechnung 2025, sondern zum Budget 2026, und dann sollte es wieder stimmen. Merci vielmals.

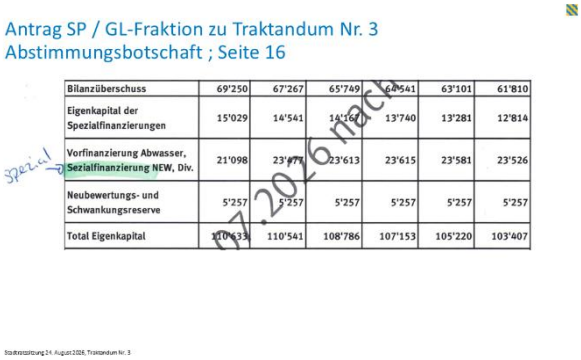
Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Gibt es weitere Änderungsvorschläge zur Seite 14, abgesehen davon, dass auch dort die 2-Millionen-Überschreitung begründet werden muss.

Seite 15

Ohne Wortmeldung.

Seite 16

Sandro Baumgartner (SP): Unter der Rubrik "Vorfinanzierung Abwasser, etc…" hat sich ein Schreibfehler eingeschlichen, sollte es dort doch anstatt "Spezialfinanzierung" eher "Spezialfinanzierung" heissen. Somit wäre auch das eine redaktionelle Änderung. Merci.


Antrag SP / GL-Fraktion zu Traktandum Nr. 3
Abstimmungsbotschaft ; Seite 16

Bilanzüberschuss	69'250	67'267	65'749	64'541	63'101	61'810
Eigenkapital der Spezialfinanzierungen	15'029	14'541	14'162	13'740	13'281	12'814
Vorfinanzierung Abwasser, Sezialfinanzierung NEW, Div.	21'098	23'677	23'613	23'615	23'581	23'526
Neubewertungs- und Schwankungsreserve	5'257	5'257	5'257	5'257	5'257	5'257
Total Eigenkapital	110'633	110'541	108'786	107'153	105'220	103'407

spezial

17.2026 nach

Stadtratssitzung 24. August 2026, Traktandum Nr. 3

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Das überzeugt. Ich schaue das auch als redaktionelle Änderung an. Ist da jemand anderer Meinung? Es ist gut, dass wir darüber nicht diskutieren müssen. Gibt es zu Seite 16 weitere Änderungswünsche? Nein.

Seite 17 bis Seite 18

Auch hier müssen die Beschlüsse selbstverständlich angepasst werden.

Seite 19

Ohne Wortmeldung.

Gibt es weitere Wortmeldungen zum Inhalt der Botschaft? Nein. Ich möchte der SP/GL-Fraktion im Namen des Stadtrates ganz herzlich für die sorgfältige Arbeit danken. Ihr helft mit, dass die Qualität, die wir gegenüber der Bevölkerung zu verantworten haben, ein besseres Niveau erreicht. Herzlichen Dank im Namen des Stadtrats. Wenn es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, schliesse ich die Beratungen zum Inhalt der Botschaft. Wir kommen zur Abstimmung über Ziffer II des Beschlussentwurfs. Der Entwurf, wie er vom Gemeinderat uns unterbreitet wurde, muss aufgrund der den jetzt geführten Beratungen noch entsprechend angepasst werden. Der Beschluss lautet nun wie folgt:

"Der Stadtrat, gestützt auf Art. 58 Abs. 2 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009, beschliesst: 1. Der Entwurf der Abstimmungsbotschaft gemäss Entwurf des Gemeinderats, Version 1. Juli 2026, an die Stimmberechtigten der Stadt Langenthal wird mit den beschlossenen Änderungen genehmigt. 2. Das Büro wird mit der Schlussredaktion in Zusammenarbeit mit der Stadtkanzlei und das Sekretariat des Stadtrats mit dem weiteren Vollzug beauftragt."

Hat jemand Bemerkungen zu diesem neuen Beschlussentwurf? Dann lege ich den Beschlussentwurf zur Abstimmung vor. Wer dem Beschlussentwurf, wie er hier eingeblendet wird und von mir vorgelesen wurde, zustimmen kann, zeigt das jetzt mit der Karte. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Damit stelle ich fest, dass die die Beratungen zum Budget mit dieser letzten Abstimmung abgeschlossen sind und alle anwesenden 37 Stadträtinnen und Stadträte der Botschaft, ihrem Inhalt und dem weiteren Vorgehen zustimmten. Besten Dank.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein bei 0 Enthaltungen (einstimmig):

Abstimmung über den grau markierten Teil des Beschlussentwurfs (Ziffer I.)

I. Der Stadtrat, gestützt auf Art. 58 Abs. 2 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichts und Antrags vom 1. Juli 2026 beantragt der Einwohnergemeinde Langenthal Zustimmung zu folgendem Gemeindebeschluss

Die Einwohnergemeinde Langenthal beschliesst, gestützt auf Art. 35 Ziff. 1 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 und nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 24. August 2026

1. Das Budget der Erfolgsrechnung 2027 auf der Stufe Gesamthaushalt der Einwohnergemeinde Langenthal mit einem Gesamtaufwand von Fr. 110'382'200.00 und einem Gesamtertrag von Fr. 107'657'300.00, das heisst mit einem Aufwandüberschuss des Gesamthaushalts von Fr. 2'724'900.00 wird genehmigt. Das Ergebnis setzt sich aus dem Aufwandüberschuss im steuerfinanzierten Allgemeinen Haushalt von Fr. 2'222'700.00 und dem Aufwandüberschuss der Spezialfinanzierungen von Fr. 502'200.00 zusammen.

Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein bei 0 Enthaltungen (einstimmig):

2. Für das Jahr 2027 werden festgelegt:

a. die Steueranlage für die obligatorischen Gemeindesteuern unverändert auf das 1.44-fache der für die Kantonssteuern geltenden Einheitssätze;

b. die Liegenschaftssteuer unverändert auf 1.0 ‰ des amtlichen Wertes.

3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Abstimmung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten für die Abstimmung vom 29. November 2026 (Beschlussentwurf Ziffer II.)

Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein bei 0 Enthaltungen (einstimmig) unter Einhaltung der beschlossenen Anpassungen und der redaktionellen Änderung:

II. Der Stadtrat, gestützt auf Art. 58 Abs. 2 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009, beschliesst:

1. **Der Entwurf der Abstimmungsbotschaft (datiert auf den 1. Juli 2026) an die Stimmberechtigten der Stadt Langenthal wird mit beschlossenen Änderungen genehmigt.**
2. **Das Büro wird mit der Schlussredaktion in Zusammenarbeit mit der Stadtkanzlei und das Sekretariat des Stadtrats wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

4. Teilrevision des Reglements über das Alterszentrum Haslibrunnen vom 14. September 2015 (Änderung von Art. 5 Abs. 3): Genehmigung

I Eintreten:

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Wir fahren weiter mit Traktandum Nr. 4 und der Genehmigung der Teilrevision des Reglements über das Alterszentrum Haslibrunnen vom 14. September 2015. Dabei geht es um die Änderung von Art. 5 Abs. 3. Ist das Eintreten zu diesem Geschäft bestritten? Ich sehe keine Wortmeldungen. Damit wird das Eintreten stillschweigend genehmigt.

II Beratung:

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Wir kommen zur allgemeinen Beratung. Ich übergebe Gemeinderat Patrick Freudiger, Ressortvorsteher Finanz- und Steuerwesen, das Wort für seine Berichterstattung.

Gemeinderat Patrick Freudiger (SVP): Merci, Herr Stadtratspräsident, geschätzte Anwesende, neu auch geschätzte Vertretung der Haslibrunnen AG. Schön, dass Du, Werner Meier, ebenfalls teilnimmst. Und vorab noch einmal herzlichen Dank für die positive Würdigung des Budgets und die konstruktiven Diskussionen, und auch noch einmal herzlichen Dank an das Finanzamt und die Verwaltungsleitung für die Vorbereitung.

Wir kommen hier zu einem durchaus technischen Thema. Zusammengefasst und ein bisschen vereinfacht formuliert unterbreiten wir euch eine Veränderung mit dem Ziel, dass alles so bleibt, wie es heute bereits läuft. Das klingt ein bisschen komisch, hat aber mit steuerrechtlichen Besonderheiten zu tun. Ich erlaube mir einleitend darauf hinzuweisen, dass euch der Gemeinderat heute ein Geschäft unterbereitet, das in Co-Arbeit von Finanzamt und Sozialamt vorbereitet wurde, weshalb auch beide Ressortvorstehende wie auch zwei Amtsvorsteher den B&A unterschrieben. Der Grund für die heutige Änderung liegt in der bundesgerichtlichen Rechtsprechung, die die Bedingungen der Steuerbefreiung für öffentliche Unternehmen schärfte, respektive verschärfte. Bis noch vor einigen Jahren war das Ausschütten einer Dividende einer AG mit öffentlichem Auftrag, also einer Aktiengesellschaft, die privatrechtlich organisiert ist, aber einen öffentlichen Auftrag innehat, sei es im Beschluss oder im Reglement, noch nicht per se ein Hindernis für eine Steuerbefreiung. Unter diesen Prämissen beschloss der Stadtrat seinerzeit auch die Ausgliederung der Haslibrunnen in eine AG als Betrieb innerhalb der Stadtverwaltung. Mit Bundesgerichtsentscheid 131 II 1 änderte die Rechtsprechung. Dabei entschied das Bundesgericht, dass eine Dividendenausschüttung, jedenfalls dann, wenn sie in den allgemeinen Steuerhaushalt fliesst, grundsätzlich einer Steuerbefreiung entgegensteht. Gestützt auf das Bundesgerichtsurteil schärfte dann die Steuerverwaltung des Kantons Bern, auf Basis eines Urteils, das damals ein Elektrizitätswerk aus dem Kanton Schwyz betraf, die Praxis für sämtliche Aktiengesellschaften mit öffentlichem Auftrag im Kanton Bern. Somit betrifft das nicht nur allein Alterszentren, sondern z.B. auch Elektrizitätswerke, die im Rahmen einer Aktiengesellschaft ausgegliedert wurden.

Für die Haslibrunnen AG würde diese Änderung erhebliche Konsequenzen mit sich bringen, falls man sie übernehmen und weiterhin an einer Dividendenausschüttung, oder auch nur an der Möglichkeit einer Dividendenausschüttung, festhalten würde, indem man dann nämlich die Steuerbefreiung verlieren würde. Das hätte auch Auswirkungen darauf, dass dann Zuwendungen an die Haslibrunnen nicht mehr als steuerbefreit gelten könnten, was für das Haslibrunnen AG, auch im Standortwettbewerb mit anderen Alterszentren, zu Nachteilen führen würde. Da der Gemeinderat die heutige Situation mit der Steuerbefreiung beibehalten und eben nicht die Nachteile im Vergleich mit anderen Alterszentren in Kauf nehmen möchte, kam er zum Schluss, dass man euch eine Änderung unterbreiten will. Die Änderung ist erstens eine Änderung der Statuten, der der Gemeinderat als Vertreter des Eigentümers bereits zustimmte. Den entsprechenden Statutenentwurf findet ihr auch in der Beilage zum Beschlussentwurf. Die Statutenänderung wurde allerdings unter dem Vorbehalt genehmigt, dass heute der Stadtrat der entsprechenden Reglementsänderung ebenfalls zustimmt. Falls nun der Stadtrat heute der Änderung nicht zustimmen würde, würde auch die im Entwurf vorliegende Statutenänderung nicht zum Tragen kommen.

Im Reglement hat man heute in Art. 5 Abs. 3 die Möglichkeit einer Dividendenausschüttung. Und man sagte sich, dass es irgendwo systemfremd ist, wenn man auf der einen Seite in den Statuten festhält, dass es keine Dividenden geben darf, damit man weiterhin steuerbefreit ist, auf der anderen Seite aber reglementarisch sagt, es müsse möglich sein, Dividenden auszuschütten. Man versuchte mit der Streichung der Dividenden unter Art. 5 Abs. 3 wieder eine Synchronisierung zwischen dem, was in den Statuten steht, nämlich dem Verzicht auf eine Dividendenausschüttung, und dem, was man jetzt im Reglement stehen haben sollte, herzustellen. Jetzt hätte man es sich einfach machen können, indem man einfach die Dividendenausschüttung gestrichen hätte, sodass man von der Steuer befreit bleibt. Aber das ist aus Sicht des Gemeinderates ebenfalls nicht die richtige Lösung. Die Frage der Dividendenausschüttung spielte damals nicht unbedingt bei der Ausgliederung, aber vor allem nachher bei der Kapitalerhöhung, eine nicht unerhebliche Rolle, was damals ein Teil hier in diesem Saal bereits miterlebte und es die anderen im entsprechenden Protokoll nachlesen können. Der Stadtrat signalisierte dann klar, dass man eine Dividendenausschüttung befürwortet, und zwar nicht primär darum, weil die Haslibrunnen AG als Goldesel der Gemeinde angesehen wird, sondern vielmehr darum, weil man auch eine gewisse Wettbewerbsneutralität gegenüber anderen Anbietern von Dienstleistungen für Menschen im Alter, namentlich effektiv privat agierenden Mitbewerbern, sicherstellen wollte. Und man äusserte dann auch im Rahmen der Kapitalerhöhung die Erwartung, dass die Dividenden zumindest so ausfallen sollten, dass die Haslibrunnen das abgeltet, was man spart, indem man nicht selbst Fremdkapital aufnimmt.

Ihr könnt euch erinnern, dass man dann eine Kapitalerhöhung von 2 Mio. Franken auf 20 Mio. Franken vornahm und was dann natürlich durch eine Einlage von Seiten der Stadt erfolgte und dabei von der Stadt mit Fremdkapital finanziert wurde. Das waren Summen, die die Haslibrunnen AG selbst nicht aufbringen musste, weil man natürlich auch von Seiten der Haslibrunnen AG auf Fremdkapital angewiesen war. Somit wurde diese Einlage quasi durch die Stadt getätigt und so konnte die Haslibrunnen AG die Zinsen dafür sparen, weil dies die Stadt nicht mit Aktienkapital leistete und damit auch nicht Fremdkapital aufgenommen werden musste. Im Rahmen dieser "Ersparnisse" erwartete man eine Dividendenausschüttung. Anlässlich der stadträtlichen Beratungen versuchte man auch aufzuzeigen, wie man dies sicherzustellen versuchte, was dann zu einer Schattenrechnung führte. Diese ist durchaus nicht frei von Komplexität, was auch damit zu tun hat, dass es ein Verbot der Einlagerückgewähr gibt und man natürlich solch eine Dividende nur unter diesen Bedingungen erhältlich machen kann, wie es obligationenrechtlich überhaupt zulässig ist. Deshalb führte man diese Schattenrechnung ein.

Die Neuregelung ist heute nicht unmittelbar Teil des Beschlusses, aber im Sinne der Transparenz war es uns wichtig, diese aufzuzeigen. Die Neuregelung sieht jetzt so aus, dass man das Aktienkapital von 20 Mio. Franken auf 12 Mio. Franken heruntersetzt, was zu einer Kapitalherabsetzung führt. Das wird für die Haslibrunnen AG eine gewisse Anstrengung mit sich bringen, das auch zu erklären, warum man eine Kapitalherabsetzung macht. Man ist aber seitens der AG bereit, dies in Angriff zu nehmen. Man reduziert also das Aktienkapital von 20 Mio. Franken auf 12 Mio. Franken, und der verbleibende Teil dieser 8 Mio. Franken sind jetzt nicht einfach weg, sondern liegen weiterhin als sogenannt gesetzliche Kapitalreserve vor. Und aus einer solch gesetzlichen Kapitalreserve erlaubt die Steuerverwaltung grundsätzlich, Rückerstattungen zu machen. Somit geht es nachher rechtlich nicht mehr um Dividenden, sondern es handelt sich eben um eine Rückzahlung aus gesetzlicher Kapitalreserve. Und falls man solch eine Ausschüttung vornimmt, steht dies der Steuerbefreiung nicht entgegen. Dazu liegen auch Korrespondenz und entsprechende Regelungen mit der Steuerverwaltung vor. Dies machte man seitens der Haslibrunnen AG so und der Gemeinderat hat Kenntnis davon.

Ich erlaube mir hier darauf hinzuweisen, dass gemäss Artikel 671 des Obligationenrechts eine Rückzahlung aus gesetzlichen Kapitalreserven nur dann möglich ist, wenn noch mehr als die Hälfte des Aktienkapitals gemäss Handelsregister abgedeckt ist. Und hier beläuft sich die Hälfte auf 6 Mio. Franken, also, das heisst, 12 Mio. Franken plus 6 Mio. Franken ergeben 18 Mio. Franke, sodass eine Rückerstattung erst in der darüberliegenden Summe obligationenrechtlich überhaupt möglich ist, was ich hier einfach transparenzhalber noch erwähnen möchte. Auch im Wissen, dass es eine relativ technische Angelegenheit ist und der B&A

auch eine entsprechende Länge aufweist, geht es hier kurz zusammengefasst darum, dass man mit dieser Neuregelung das Aktienkapital herunterfährt und eine gesetzliche Kapitalreserve schafft, damit man weiterhin die Möglichkeit, und ich betone die Möglichkeit, aktienrechtlich aufrechterhalten kann, dass es eine Rückerstattung gibt. Dabei muss die Summe zwischen 12 Mio. Franken und 8 Mio. Franken nicht für ewig in Stein gemeisselt sein. Darüber können zukünftigen Generationen auch noch einmal diskutieren, ob man das Verhältnis neu ansetzen will. Aber das Verhältnis von diesen 12 plus 8 gleich 20 ist so angesetzt, damit die Haslibrunnen AG einerseits weiterhin glaubhaft am Markt auftreten kann, anderseits aber mit diesen 8 Mio. Franken, respektive mit den 2 Mio. Franken als Differenz von 18 zu 20 eine Rückerstattung möglich sein sollte. Wir geben zu, dass es hier um eine Schätzung geht, die wir seitens des Gemeinderates aufgrund der durchgeführten Beratungen so beurteilen. Aber die Rückerstattung sollte so in einem Umfang sein, dass man auch der stadträtlichen Zielsetzung gerecht werden kann. Dies in dem Fall, falls es dann die aktienrechtlichen Voraussetzungen erlauben, um eine Rückerstattung geltend machen zu können, die ungefähr dem entspricht, was man seitens der Haslibrunnen AG einsparen konnte, da das Darlehen durch die Stadt aufgenommen wurde, um die 20 Mio., respektive plus 18 Mio. zu leisten, und nicht selber durch die Haslibrunnen AG. Also die Aufteilung hatte zum Ziel, das bestmöglich umsetzen zu können, was der Stadtrat seinerzeit bei der Kapitalerhöhung beschloss. Jetzt bedanke ich mich für eure Aufmerksamkeit durch das trockene Thema und bin gespannt auf die Diskussion. Merci vielmals.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Besten Dank, Gemeinderat Patrick Freudiger. Die GPK meldete keine Berichterstattung an. Nun sind die Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher an der Reihe. Für die SP/GL-Fraktion spricht Cornelia Gerber-Schärer.

Cornelia Gerber-Schärer (SP): Liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste, wir berieten uns zu dieser Teilrevision und liessen uns auch gewisse Bereiche und Passagen erläutern. Ich möchte mich herzlich für die elegante Ausarbeitung wie auch bei allen involvierten Akteurinnen und Akteuren für ihre Arbeit bedanken. Dabei möchten wir auch die Gelegenheit nutzen und der Haslibrunnen AG zum 125. Jubiläum gratulieren. Die Fraktion ist sich einig und stimmt diesem Beschlussentwurf einstimmig zu.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Gibt es weitere Fraktionssprecher? Robert Kummer für die FDP/jll/L49-Fraktion.

Robert Kummer (FDP): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, unsere Fraktion unterstützt alle Bestrebungen, um eine bestehende Steuerbefreiung aufrechtzuerhalten. Was hingegen erstaunt, ist, dass man der Aufforderung der Steuerverwaltung des Kantons Bern vom Juli 2022 mit Frist Juni 2023 nicht nachgekommen ist, die Frist mehrmals verlängern lassen musste, jetzt eine Frist vom 30. Juni 2026 gilt und wir heute am 24. August 2026 dieses Geschäft im Stadtrat behandeln. Unwissend, wo die Zeit in den letzten vier Jahre verlorenging, strapazierten die involvierten Akteurinnen und Akteure unnötigerweise die Steuerbefreiung.

Das nun vorliegende Resultat, dass bei einem Dividendenverbot gleichzeitig eine Ausschüttung aus den Kapitalreserven zulässig ist, ist dafür umso unterstützungswürdiger und wird von uns einstimmig gutgeheissen. Bei der Behandlung dieses Geschäfts tauchte bei uns aber noch die Frage auf, die bereits Patrick Freudiger ansprach und auch im Konzept der Saldoneutralität anlässlich der Stadtratssitzung vom 29. Oktober 2018 präsentiert wurde. Konkret erwartet der Gemeinderat keine Rendite auf dem eingesetzten Kapital, aber die Kosten, die für die Stadt entstehen, sollen durch die Haslibrunnen AG abgegolten werden; das heisst, man bestimmte, dass die damalige Aktienkapitalerhöhung im steuerfinanzierten Haushalt saldoneutral sein muss. Weiter sagte man, dass dafür eine jährliche, separat vom städtischen Haushalt geführte Vortragsrechnung erstellt werden soll. Unsere Nachfrage bei der Stadt, wie die Vortragsrechnung per 31.12.2025 aussieht, konnte man uns noch nicht beantworten. Weil unsere Anfrage zugegebenermassen sehr kurzfristig erfolgte, bitten wir die Verwaltung, die Aufstellung der nächsten Aktenauflage des Stadtrates beizulegen. Besten Dank für eure Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Gibt es weitere Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher? Für die SVP-Fraktion spricht Christine Aebischer.

Christine Aebischer (SVP): Das Haslibrunnen ist ein Kompetenzzentrum für das Alter mit Pflege und Betreuung der Langenthaler Seniorinnen und Senioren. Seit dem Umbau stehen rund 150 Betten zur Verfügung, ein öffentliches Restaurant, es hat einen Coiffeur, es hat ein Podologie-Studio, es hat eine Physio und es gibt alles vor Ort, was man braucht. Kurz gesagt, es ist ein sehr gefreuter Ort zum Wohnen und Leben, als Tagesbewohner oder auch als Arbeitgeber der Region. Die Anpassung des Reglements führte Patrick Freudiger bereits aus. Das ist für die SVP-Fraktion stimmig und wir werden diese Änderung einstimmig gutheissen. Auch die SVP will es nicht unterlassen, der Haslibrunnen AG zum 125-jährigen Jubiläum zu gratulieren, das sie vor einer Woche feiern durfte. Wir möchten uns auch beim Personal für die tagtägliche Arbeit bedanken, sei es nachts um 02.00 Uhr, am Samstag, am Sonntag; es ist immer jemand da, auch für die vielen freiwilligen Arbeitseinsätze, die im Haslibrunnen geleistet werden. Diesen Leuten gebührt ein grosses Merci, die helfen, dass es unseren Seniorinnen und Senioren gut geht.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Vielen Dank. Nun folgt Mike Sigrist für die GLP/EVP-Fraktion.

Michael Sigrist (EVP): Ich kann es kurz machen, weil wir das ebenso unterstützen werden. Wir staunten in der Diskussion aber auch wieder, was es für finanztechnische Möglichkeiten gibt, um etwas - wie es Patrick Freudiger am Anfang formulierte - zu ändern, damit es am Schluss wieder so ist, wie es war.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Gibt es Einzelsprecherinnen und Einzelsprecher? Das ist nicht der Fall. Wünscht der Gemeinderat nochmals das Wort?

Gemeinderat Patrick Freudiger (SVP): Danke vielmals für die Beratung und die positive Aufnahme. Ja, lieber Mike, ich sage immer wieder, dass es wirklich nichts Kreativeres gibt als das Finanzrecht. Ich danke Robert Kummer für den Hinweis, dass wir dies für die nächste Aktenauflage noch nachreichen werden. Das gibt uns insbesondere auch noch die Möglichkeit, das sauber zu rechnen, war in der damaligen PowerPoint-Präsentation des seinerzeitigen Ressortvorstehers ja noch die Rede davon, dass der Vortrag vom Defizit auf fünf Jahre beschränkt ist. Wir werden noch die Gelegenheit nutzen, um zu schauen, wie sich dies in den Zeiten der Negativzinsen verhielt. Was ich hier einfach vielleicht noch in aller Grundsätzlichkeit sagen kann, ist, dass man seinerzeit bei der Kapitalerhöhung den Beschluss fasste, dass nicht einbringliche Finanzierungsaufwendungen der Stadt im Zusammenhang mit der Finanzierung der Aktienkapitalerhöhung der Haslibrunnen AG gemäss dieser Botschaft als bewilligte Ausgaben gelten. Daneben war eben auch gleichzeitig klar, dass man die entsprechende Schattenrechnung macht.

Diese ist im Anhang 1 zur Eigentümerstrategie verankert, und es ist festzuhalten, dass dieser Anhang 1 auch weiterhin gelten wird. Natürlich wird das dann nicht mehr mit "Dividenden" umschrieben, sondern entsprechend mit "Ausschüttungen". Anhang 1 wird in dem Sinn weiterhin bestehen, sodass wir auch hier etwas ändern, damit es grundsätzlich entsprechend gleichbleibt. Das mit der Frist wurde tatsächlich auch schon bereits angesprochen und ich habe viel Verständnis dafür, wenn man das kritisch sieht. Ich erlaube mir einfach darauf hinzuweisen, dass die Fristwahrung auch in Koordination mit der Steuerverwaltung erfolgte, sodass die entsprechenden Fristverlängerungen durchgeführt wurden. Und es war dem Gemeinderat ein Anliegen, den Prozess politisch zu committen und nicht irgendwelche Spiele zu machen und zu sagen, dass wir die Statuten als Gemeinderat in eigener Regie ändern in der Hoffnung, dass es niemand sieht und auch niemand Fragen stellt. Nachdem es damals im Stadtrat in zwei Lesungen beraten wurde, sagten wir uns, dass wir einen politischen Prozess wollen. Wir wollten mit dieser Reglementsänderung in den Stadtrat kommen, auch um die entsprechende Information sicherzustellen. Und das brachte dann auch noch einen gewissen Zeitaufwand mit sich. Im Übrigen hat die Steuerverwaltung Kenntnis davon, dass die Statutenänderung beschlossen wurde, ebenfalls unter Vorbehalt, und dass es auch diese Reglementsänderung noch braucht. Von dem her brauchte das Ganze zwar eine gewisse Zeit, aber das Prozedere erfolgte stets in Absprache und Rücksprache mit der Steuerverwaltung. Noch einmal besten Dank für die positive Aufnahme und für eure Unterstützung.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Besten Dank. Damit schliessen wir die allgemeine Beratung und kommen zur Detailberatung. Wir sind in einem Reglement, was wie gewohnt zu einer artikelweisen Beratung führt.

Artikel 1 bis Artikel 4

Ohne Wortmeldung.

Artikel 5

Ohne Wortmeldung.

Damit wurde die Änderung von Art. 5 wie beantragt beschlossen. Gibt es zu den weiteren Artikeln dieses Reglements Anträge? Das ist nicht der Fall. Damit kommen wir zur Schlussabstimmung.

Wer dem Reglement mit der beschlossenen Änderung von Art. 5 Abs. 3 zustimmen kann, zeigt das mit der Karte. Gegenstimmen? Enthaltungen? Besten Dank.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein bei 0 Enthaltungen (einstimmig):

Der Stadtrat, gestützt auf Art. 60 Abs. 1 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichts vom 1. Juli 2026 – unter Vorbehalt des fakultativen Referendums – beschliesst:

1. **Die Teilrevision des Reglements über das Alterszentrum Haslibrunnen vom 14. September 2015 (Änderung des Art. 5 Abs. 3), gemäss Änderungserlass im Entwurf vom 2. Juni 2026, wird genehmigt.**
2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

5. <u>Motion Clavadetscher Diego (FDP), Beyeler Paul (EVP), Freudiger Patrick (SVP) und FDP/jll-Fraktion vom 29. Juni 2020: "Führung der mehrheitlich von der Stadt gehaltenen Gesellschaften": Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist</u>

I Eintreten:

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Wir kommen zu Traktandum Nr. 5. Da geht es bei der Motion von Paul Beyeler, Patrick Freudiger, dem Sprechenden sowie der FDP/jll-Fraktion vom 29. Juni 2020 um die Führung der mehrheitlich von der Stadt gehaltenen Gesellschaften und dabei um den Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist. Das Eintreten ist zwingend und wir fahren direkt mit der Beratung fort.

II Beratung:

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Gibt es hier eine Berichterstattung des Gemeinderates? Nein. Gibt es eine Berichterstattung der GPK? Nein, da ist meines Erachtens auch keine angemeldet. Möchte sich der Sprecher der Motion dazu äussern? Es meldet sich ebenfalls niemand zu Wort. Gibt es Fraktionssprecher:innen? Einzelsprecherinnen, Einzelsprecher? Nein. Möchte irgendjemand einen anderen Antrag stellen? Wenn das nicht der Fall ist, stelle ich gestützt auf Art. 65 Abs. 2 der GO fest, dass ein unbestrittener Antrag vorliegt, sodass ich die Beratung schliesse und das Geschäft ohne Abstimmung als angenommen erkläre.

III Beschluss:

Der Stadtrat beschliesst gestützt auf Art. 57 Abs. 4 der Geschäftsordnung:

1. **Die Fristverlängerung bis 31. März 2028 für die Umsetzung der Motion Clavadetscher Diego (FDP), Beyeler Paul (EVP), Freudiger Patrick (SVP) und FDP/jll-Fraktion vom 29. Juni 2020: "Führung der mehrheitlich von der Stadt gehaltenen Gesellschaften (Teilbereich A 'Informationsfluss')" wird genehmigt.**
2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

6. Motion der SVP-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 11. Mai 2026: Pensionierungsalter flexibilisieren und Weiterbeschäftigung über das Alter von 65 Jahren hinaus ermöglichen: Stellungnahme

I Eintreten:

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Nun folgt Traktandum Nr. 6 mit der Stellungnahme zur Motion der SVP-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 11. Mai 2026: Pensionierungsalter flexibilisieren und Weiterbeschäftigung über das Alter von 65 Jahren hinaus ermöglichen. Das Eintreten ist zwingend.

II Beratung:

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Wir fahren mit der Beratung fort. Ist hier nun spontan eine Berichterstattung des Gemeinderates gewünscht? Nein, das ist nicht der Fall. Eine Berichterstattung der GPK gibt es ebenso wenig. Möchte sich die Sprecherin oder der Sprecher der Motion dazu äussern?

Robert Haas (SVP): Werter Stadtratspräsident, Gemeinderätin und Gemeinderäte, werte Gäste, Kolleginnen und Kollegen, wir sind der Meinung, dass das Personalreglement der Stadt Langenthal im Bereich der Pensionierung nicht mehr zeitgemäss ist. Deshalb sind wir der Meinung, dass man das Reglement für eine flexible Pensionierung anpassen sollte. Bis jetzt war eine Verlängerung für maximal ein Jahr möglich. Da es aber wieder personelle Engpässe gibt oder Personal eingestellt wird, das den Anforderungen nicht entspricht oder eine weitere Anstellung nicht passt, ist es schade, dass man Leute mit grossem Wissen und Erfahrung für solche Situationen nicht mehr weiterbeschäftigen kann. Es geht so auch viel Know-how verloren. Deshalb sind wir der Meinung, dass das Personalreglement von Langenthal mindestens dem Personalgesetz des Kantons Berns angepasst werden sollte. Dadurch wird eine im gegenseitigen Einvernehmen erfolgende Weiterbeschäftigung bis zum 70. Altersjahr ermöglicht. Das dient allen Beteiligten und wirkt gegen den Fachkräftemangel. Bei einer Weiterbeschäftigung im Pensionsalter sollen die Spielräume und die Flexibilität hinsichtlich Teilzeitarbeit nach Vereinbarung, Pensum, Teilzeit im Stundenlohn, Mandatsanstellung auf Abruf und so weiter möglichst gross sein. Die Lohngestaltung soll sich nach der Tätigkeit im Pensionsalter richten, ausser, die pensionierte Person macht mit gleichbleibenden Arbeitspensum genau die gleiche Tätigkeit, sodass man ihr den Lohn wie bisher bezahlen kann. Weiter gibt es viele Aufgaben, die gerade für Pensionierte im Stundenlohn ideal wären, zum Beispiel am Wochenende oder nach Feierabend. Die Weiterbeschäftigung soll für die Arbeitnehmenden als auch für die Arbeitgeber Vorteile haben, denn das entspricht doch dem heutigen Zeitgeist. Mit der vorgeschlagenen Lösung zieht Langenthal mit vielen anderen Gemeinden sowie mit Kanton und Bund gleich. Auch in der Privatwirtschaft tut sich in dieser Hinsicht einiges. Bis jetzt erhielten wir von verschiedenen Stellen positive Signale. Wir hoffen, dass ihr dieser Motion zustimmen könnt und danken euch allen für die Unterstützung bestens.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Besten Dank Robert Haas als Sprecher der Motion. Wer eröffnet die Beratung durch die Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher? Patrick Jordi für die FDP/jll/L49-Fraktion.

Patrick Jordi (FDP): Die FDP/jll/L49-Fraktion unterstützt die vorliegende Motion einstimmig und folgt dem Antrag des Gemeinderates auf Erheblicherklärung. Für uns steht dabei vor allem etwas im Zentrum, nämlich die Flexibilität. Niemand soll verpflichtet werden, über das ordentliche Pensionsalter hinaus zu arbeiten. Wenn aber eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter gerne weiterarbeiten möchte und auch seitens der Stadt ein entsprechendes Bedürfnis besteht, dann sollte das unkompliziert möglich sein. Gerade auch mit Blick auf den Fachkräftemangel, auf den Erhalt von Know-how und teilweise auf die schwierigen Bedingungen zur Rekrutierung erachten wir die Möglichkeit als sinnvoll und zeitgemäss. Die noch offenen Detailfragen können dann noch im Rahmen der konkreten Anpassung des Personalreglements geklärt werden. Danke vielmals.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Danke. Weitere Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher? Für die GLP/EVP-Fraktion spricht Fabian Fankhauser.

Fabian Fankhauser (GLP): Merci vielmals, ich kann mich meinem Vorredner direkt anschliessen. Auch für uns steht natürlich im Zentrum, dass niemand für irgendetwas verpflichtet wird und selbstverständlich sind

wir hier auch dafür. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels muss man alle Ressourcen, die man hat auch entsprechend ausnützen können. Das letzte Mal hiess es, ich sei ein bisschen kritisch, wenn etwas von eurer Seite kommt; dieses Mal finde ich das wirklich eine sehr gute Motion. Wir werden diese Motion einstimmig unterstützen. Merci vielmals.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Gibt es weitere Fraktionssprechende? Für die SP/GLP-Fraktion spricht Sandra Baumgartner.

Sandro Baumgartner (SP): Liebe alle, auch wir sind hier fast einstimmig der Meinung der SVP. Das gibt es selten, aber es ist so. Und wie es alle bereits vorher schon sagten, braucht es Flexibilität, insbesondere gegenseitig. Es soll dabei nicht Druck aufgebaut werden können oder zu einem Zwang führen, sondern muss immer gegenseitig erfolgen. Wir sehen hier auch, dass der Fachkräftemangel im Vordergrund steht, aber denkt daran, dass, wenn sich der Markt dann wieder dreht, man dann vielleicht wieder darüber diskutieren müsste, ob wir diese Regelung wieder streichen. Den Jungen darf durch diese Flexibilisierung kein Stein in den Weg gelegt werden. Die Jungen sollen priorisiert behandelt werden, denn auch sie sollen ihre Chance bekommen. Und denkt auch daran, wer erst mit 65 Jahren versucht, eine Nachfolgelösung zu finden, der ist eh zu spät dran. Eine gute Planung ist wichtig, und der Wissenstransfer muss viel früher anfangen, denn es gibt nichts Schöneres, als wenn der Schützling den Meister überholt, zum Glück meistens erst bei der Pensionierung. Deshalb werden wir diese Motion fast einstimmig unterstützen.

Und jetzt, sorry, Diego, möchte ich mich noch kurz bedanken: Es freut mich sehr als Fraktionspräsident geamtet zu haben, denn ab morgen wird Cornelia Gerber oder Dan Weber das Präsidium der SP/GL-Fraktion übernehmen, da ich aus dem Fraktionspräsidium zurücktrete. Danke.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Besten Dank. Gibt es Einzelsprecherinnen und Einzelsprecher? Ich gehe davon aus, dass die SVP-Fraktion nicht noch einmal als Fraktion sprechen will. Wünschen der Vertreter der Motionäre noch einmal das Wort? Auch nicht. Damit ist die Beratung geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Es geht um die Qualifikation dieser Motion. Der Gemeinderat schaut das als eine Motion mit Weisungscharakter an. Sieht das jemand anders?

In diesem Fall ist der Antrag unbestritten, sodass ich ihn gestützt auf Art. 65 Abs. 2 ohne Abstimmung als angenommen erkläre. Dann sind wir als zweiter Punkt bei der Erheblicherklärung. Hier bekam ich mit, dass sich diesem Antrag Einzelne möglicherweise nicht anschliessen wollen. Dementsprechend stimmen wir ab. Wer die Motion wie vom Gemeinderat beantragt als erheblich erklären will, zeigt das jetzt mit der Karte. Wer die Erheblicherklärung dieser Motion ablehnt, zeigt es jetzt mit der Karte. Wer sich bei dieser Frage enthält, zeigt dies jetzt mit der Karte an.

III Beschluss:

Der Stadtrat beschliesst gestützt auf Art. 57 Abs. 4 der Geschäftsordnung:

I. Die Motion der SVP-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 11. Mai 2026: Pensionierungsalter flexibilisieren und Weiterbeschäftigung über das Alter von 65 Jahren hinaus ermöglichen wird als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 33 Stimmen Ja gegen 2 Stimmen Nein bei 2 Enthaltungen:

II. 1. Die Motion der SVP-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 11. Mai 2026: Pensionierungsalter flexibilisieren und Weiterbeschäftigung über das Alter von 65 Jahren hinaus ermöglichen wird erheblich erklärt.

2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

7. Mitteilungen des Gemeinderates

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Wir kommen zum nächsten Traktandum mit den Mitteilungen des Gemeinderates. Gibt es da etwas zu berichten? Ja, das Wort hat Patrick Freudiger. Wir nehmen an, in der Funktion als Ressortvorsteher Finanzen, oder eventuell als Ressortvorsteher Bau?

Gemeinderat Patrick Freudiger (SVP): Das Letzteres wäre ja nur ad interim. Nein, der Ressortvorsteher Finanzen hat in Personalunion den Vorsitz der nichtständigen Kommission "Konsolidierung Finanzpolitik". Vor diesem Hintergrund habe ich eine Mitteilung zu machen, worüber das Stadtratsbüro bereits informiert ist. Wir besetzten die Kommission neu, indem der Gemeinderat Roland Loser als gemeinderätliches Mitglied dieser Kommission zur Konsolidierung der Finanzpolitik, in Umsetzung der entsprechenden Motion, als neues Mitglied wählte. Wichtig und also vielleicht auch für die öffentliche Kommunikation relevant ist weiter, dass man den Tätigkeitsbereich der Kommission erweiterte, indem man der Kommission im Rahmen der Erarbeitung eines Vorschlags zur Revision der Stadtverfassung, Stichwort Schuldenbremse, nämlich den Auftrag erteilte, ebenfalls Massnahme 7 als Anliegen aus der Finanzstrategie aufzunehmen, respektive zumindest zu prüfen, sodass unter zu definierenden Parametern der Stadtrat neu zur Beschlussfassung über das Budget zuständig ist. Zweitens setzte man die Kommission zur Umsetzung der Massnahme 9 der Finanzstrategie auch als Sounding Board ein. Das umfasst die Umsetzung der Motion zur Begrenzung des Aufwandwachstums. Und im Rahmen dieser Mitwirkung zu dieser Motion, also zum Umsetzungsvorschlag, werden dabei die gemeinderätlichen Mitglieder kein Stimmrecht haben. Die Kommission zur Konsolidierung ist damit aus Sicht des Gemeinderates zumindest bis auf weiteres als parlamentarisches Gremium zu erachten, das zur Umsetzung der Massnahmen der Finanzstrategie als Gesprächspartner fungieren soll. Im Übrigen gelten die gefassten Einsetzungsbeschlüsse auch weiterhin und ich bedanke mich für eure Aufmerksamkeit. Besten Dank.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Gibt es weitere Mitteilungen vom Gemeinderat? Das scheint nicht der Fall zu sein.

8. Vorstellung von Herrn Michael Hirschi, stellvertretender Stadtschreiber und Leiter zentrale Dienste

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Damit kommen wir zu Traktandum Nr. 8. Es freut uns, dass die vakante Kaderstelle dieser Stadt besetzt werden konnte und der neue Stelleninhaber, Herr Michael Hirschi, der als stellvertretender Stadtschreiber und Leiter zentrale Dienste amtet, sich uns nun kurz vorstellt, was uns sehr interessiert.

Stv. Stadtschreiber und Leiter zentrale Dienste Michael Hirschi: Herr Stadtratspräsident, liebe Stadträtinnen und Stadträte, werter Gemeinderat, liebe Anwesende, merci vielmals, dass ich mich hier kurz vorstellen darf. Ich hoffe doch, dass dies so gegen den Schluss des Abends noch eine leichte Kost sein wird. Mein Name ist Michael Hirschi. Ihr seht mich dort vorne noch einmal abgebildet.

HALLO,
ICH BIN
MICHAEL
HIRSCHI.

Creative thinker. Reliable collaborator.
Ready to make things happen.

Ich bin in Viktoria (Kanada) geboren und wohne heute mit meiner Familie in Höchstätten. Dies ist meine Familie mit meiner Frau und unseren drei Kindern. Nach dem Gymnasium ging ich an die Universität Bern und machte dann am IMD[1] in Lausanne meinen Wirtschaftsabschluss, wozu ich dann nachher noch etwas dazu sage. Wenn man jetzt auf dem Land wohnt, so sind auch meine Ausgleichtätigkeiten mit Landwirtschaft, Sport, Schwingen und auch Eishockey durchaus ein bisschen naheliegend. Wenn ich Zeit habe, so schätzen es meine Frau und ich sehr, wenn wir natürlich auch noch ein bisschen reisen können. Daneben ist meine Milizkarriere in der Armee etwas, das mich bislang in meinem Erwachsenenleben stets begleitete. Da bin ich inzwischen in einem Stab tätig, was soweit auch relativ gut ist.

ÜBER MICH

Verwurzelt
- Geboren in Victoria (Kanada)
- Heute mit meiner Familie in Höchstetten zuhause

Familie
- Verheiratet mit Isabelle
- Vater von Nicholas (2019), Victoria (2021) und Julia (2023)

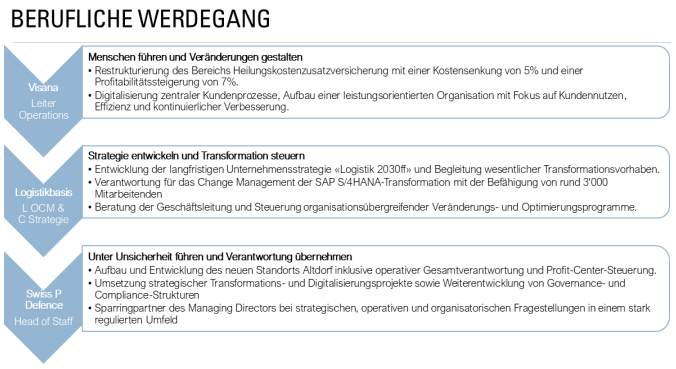
Lernen
- Gymnasium Burgdorf
- Universität Bern
- IMD

Ausgleich
- Landwirtschaft und Bienen
- Sport: Schwingen, Eishockey und Pferdesport
- Reisen mit der Familie

Engagement
- Oberstlt i Gst, HE Stab (Miliz)

[1] IMD = International Institute for Management Development

Hinsichtlich meines beruflichen Werdegangs gibt es wie zuvor bereits angesprochen, drei grössere Blöcke. Das eine ist in dem Sinn mein Berufseinstieg bei der Krankenversicherung Visana, bei der ich mehrere Jahre tätig war; zuerst als Gruppenleiter "Ambulante Heilungskosten" und später am Hauptsitz als Leiter Operations. Ich war auch zwei Jahre in der Armee tätig und amtete dort als Leiter Organisations-Change-Management sowie auch in der Strategie. Zuletzt war ich auch noch bei der Swiss B-Defense mehrere Jahre als Stabchef aktiv, indem ich dort primär den CEO unterstützte.



Ja, das wäre es eigentlich zu meiner Person. Merci vielmals, dass ich mich kurz vorstellen konnte, und selbstverständlich stehe ich euch für Fragen gerne zur Verfügung. Merci vielmals.

«ICH FREUE MICH DARAUF, SIE KENNENZULERNEN, UNTERSCHIEDLICHE PERSPEKTIVEN EINZUBRINGEN UND GEMEINSAM VERANTWORTUNG ZU ÜBERNEHMEN.»

VIELEN DANK FÜR IHRE AUFMERKSAMKEIT.

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Merci vielmals, Herr Hirschi. Möchte jemand die Gelegenheit nutzen, um irgendeine Frage zu stellen? Das ist nicht der Fall. Dann möchten wir Ihnen ganz herzlich danken, dass Sie sich für unsere Stadt entschieden haben, wünschen Ihnen alles Gute und freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Ihnen. Merci vielmals.

9. A **Eingereichte Motion Verena Heubi (SP), Lejla Rachdi (GL), Pascal Dietrich (Liste 49), Gabriela Lingg-Zaugg (SVP) und Mitunterzeichnende vom 24. August 2026: Zukunft des Ferienheims Oberwald, Erneuerung Leistungsvereinbarung**

Motionstext:

"Zukunft des Ferienheims Oberwald, Erneuerung Leistungsvereinbarung

Antrag:

Der Gemeinderat wird beauftragt, den längerfristigen Weiterbetrieb des Ferienheims Oberwald anzustreben. Zu diesem Zweck soll die Stiftung Ferienheim Oberwald bei der Ausarbeitung der notwendigen Unterlagen für die Erneuerung des Leistungsvertrags, falls nötig, unterstützt und begleitet werden. Dabei soll das Ziel verfolgt werden, mit der Stiftung Ferienheim Oberwald ab 2028 einen neuen Leistungsvertrag über mindestens vier Jahre abschliessen zu können; ein entsprechendes Geschäft ist dem Stadtrat so rasch als möglich zur Beschlussfassung vorzulegen.

Begründung:

Mit dem Ferienheim Oberwald betreibt die Stiftung ein ideal gelegenes und gut erreichbares Lagerhaus, von dem auch die Volksschule Langenthal profitiert. Die Bildungs- und Kulturdirektion des Kantons Bern unterstützt und befürwortet ausserschulische Projekte und insbesondere Lagererlebnisse. Nach wie vor besuchen aus der Volksschule Langenthal mehrere Klassen, vor allem aus dem Zyklus 1 und 2, jedes Jahr Landschultage und -wochen in diesem Ferienheim. Es bestehen bereits Buchungen bis ins Jahr 2028.

Mit der neuen Hausverantwortlichen hat der Stiftungsrat zudem eine erfolgreiche Nachfolgeregelung für die frühere langjährige Köchin gefunden.

Grössere Investitionen wurden im Investitionsplan immer wieder verschoben. Trotzdem ist der Stiftungsrat bestrebt, das Haus attraktiv zu halten. Der Stiftungsrat stellt sich neu auf.

Für die Planungssicherheit der Stiftung Ferienheim Oberwald ist eine Erneuerung des Leistungsvertrages unerlässlich."

Verena Heubi
(Erstunterzeichnende)

9. B **Eingereichte Interpellation Fabian Fankhauser (GLP), Michael Sigrist (EVP), Murielle Schärer (GLP) und Mitunterzeichnende vom 24. August 2026: Nutzt die Stadt das Potential der LEG**

Interpellationstext:

"Nutzt die Stadt das Potential der LEG

Anfrage:

Mit der Einführung der Lokalen Elektrizitätsgemeinschaften (LEG) seit 2026 bestehen neue Möglichkeiten, lokal produzierten erneuerbaren Strom über das öffentliche Verteilnetz zwischen verschiedenen Liegenschaften gemeinsam zu nutzen.

Für die Stadt Langenthal ist dies besonders relevant. Sie verfügt über zahlreiche eigene Liegenschaften und betreibt beziehungsweise plant Photovoltaikanlagen auf verschiedenen Gebäuden. Stromproduktion und Stromverbrauch fallen dabei nicht zwingend am gleichen Ort an. LEG können deshalb dazu beitragen, den auf städtischen Liegenschaften produzierten Solarstrom vermehrt innerhalb des eigenen Gebäudeportfolios zu nutzen, anstatt Überschüsse zu den geltenden Rücklieferkonditionen ins Netz einzuspeisen.

Damit eröffnet sich für die Stadt die Möglichkeit, ihre bestehenden und künftigen Photovoltaikanlagen nicht isoliert pro Gebäude zu betrachten, sondern Produktion und Verbrauch über mehrere Standorte hinweg wirtschaftlich sinnvoll miteinander zu verbinden. Entscheidend ist deshalb, welches energetische und finanzielle Gesamtpotenzial LEG für den städtischen Gebäudepark bieten und wie konsequent dieses ausgeschöpft wird.

Ein konkretes Beispiel ist die Photovoltaikanlage auf der Schiessanlage Weier. Aufgrund des vergleichsweise geringen Eigenverbrauchs vor Ort wurde bereits bei der Kreditbewilligung darauf hingewiesen, dass der produzierte Strom künftig mittels LEG auch in anderen städtischen Liegenschaften genutzt werden könnte. Die Anlage Weier kann damit exemplarisch aufzeigen, welchen Einfluss eine LEG auf die Wirtschaftlichkeit einer städtischen Photovoltaikanlage hat.

Seit Anfang 2026 stehen die entsprechenden gesetzlichen Möglichkeiten zur Verfügung. Damit stellt sich die Frage, ob die Stadt Langenthal bereits vom Prüfen ins Umsetzen gekommen ist und wie gross das Potenzial einer systematischen Nutzung von LEG über den gesamten städtischen Gebäudepark hinweg ist.

Der Gemeinderat wird deshalb gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Aktueller Stand

Betreibt die Stadt Langenthal aktuell eine oder mehrere Lokale Elektrizitätsgemeinschaften oder ist sie an solchen beteiligt?

Falls ja:

- *Seit wann sind diese in Betrieb?*
- *Welche städtischen Produktionsanlagen und Verbrauchsstellen sind daran beteiligt?*
- *Wie viel lokal produzierter Strom konnte bisher innerhalb dieser LEG genutzt werden?*
- *Welcher finanzielle Nutzen ergibt sich daraus für die Stadt?*

Falls nein:

- *Aus welchen Gründen wurde bisher keine städtische LEG umgesetzt?*
- *Welche Hindernisse bestehen noch?*
- *Bis wann ist mit der ersten Umsetzung zu rechnen?*

2. Gesamtpotenzial für den städtischen Gebäudepark

Hat die Stadt systematisch ermittelt, welche bestehenden und geplanten Photovoltaikanlagen sowie welche städtischen Verbrauchsstellen zu wirtschaftlich sinnvollen LEG zusammengeschlossen werden können?

Falls ja:

- *Welche Produktionsanlagen und Verbrauchsstellen kommen prioritär für eine LEG infrage?*
- *Welche davon befinden sich im gleichen Trafobereich beziehungsweise können mit besonders günstigen Netznutzungskonditionen miteinander verbunden werden?*
- *Wie viel des jährlich auf städtischen Liegenschaften produzierten Solarstroms könnte über LEG innerhalb des städtischen Gebäudeparks genutzt werden?*
- *Welches jährliche finanzielle Einsparpotenzial ergibt sich daraus?*
- *Welches zusätzliche Potenzial ergibt sich durch bereits geplante Photovoltaikanlagen?*

Falls eine solche Gesamtbetrachtung bisher nicht vorgenommen wurde: Ist eine solche vorgesehen und bis wann soll sie vorliegen?

3. Schiessanlage Weier als konkreter Anwendungsfall

Ist vorgesehen, die Photovoltaikanlage auf der Schiessanlage Weier in eine LEG einzubinden?

Falls ja:

- *Ab wann?*
- *Mit welchen städtischen Verbrauchsstellen?*
- *Welcher Anteil der Produktion soll voraussichtlich über die LEG genutzt werden?*
- *Welcher finanzielle Vorteil wird gegenüber einer Einspeisung des Überschussstroms erwartet?*

Falls nein:

- *Aus welchen Gründen nicht?*

Wie verändert sich die Amortisationsdauer der Photovoltaikanlage Weier unter den heutigen Rahmenbedingungen durch die Nutzung einer LEG gegenüber einer weitgehenden Einspeisung des Überschussstroms?
Der Gemeinderat wird gebeten, die verwendeten Annahmen transparent auszuweisen, insbesondere bezüglich:

- *Investitionskosten abzüglich Förderbeitrage,*
- *jährlicher Stromproduktion,*
- *Eigenverbrauch,*
- *Strombezugspreis,*
- *Rückliefervergütung und Herkunftsnachweisen,*
- *Netznutzung sowie*
- *Betriebs- und Unterhaltskosten.*

4. Einbezug Privater

Können auch private Strombezüger oder private Produzenten an LEG mit Beteiligung der Stadt teilnehmen, sofern dadurch die Nutzung des lokal produzierten Stroms beziehungsweise die Wirtschaftlichkeit einer LEG verbessert werden kann?

Falls ja:

- *Unter welchen Voraussetzungen?*
- *Sieht der Gemeinderat entsprechende Modelle für Langenthal vor?*

5. Finanzielles und energetisches Gesamtpotenzial

Welches finanzielle und energetische Gesamtpotenzial sieht der Gemeinderat darin, den auf städtischen Liegenschaften produzierten Solarstrom soweit technisch und wirtschaftlich sinnvoll über LEG innerhalb des städtischen Gebäudeparks oder gemeinsam mit weiteren geeigneten Teilnehmenden zu nutzen?
Insbesondere wird um Angaben gebeten zu:

- *der heute installierten beziehungsweise geplanten städtischen Photovoltaikproduktion,*
- *dem Anteil dieser Produktion, der aber LEG zusätzlich lokal genutzt werden könnte,*
- *den dadurch erwarteten jährlichen Einsparungen,*
- *dem möglichen Einfluss auf die Amortisationsdauer städtischer Photovoltaikanlagen und*
- *dem wirtschaftlichen Potenzial über die erwartete Lebensdauer der Anlagen.*

6. Künftige Photovoltaikprojekte

Werden LEG bei der Planung und Wirtschaftlichkeitsberechnung neuer Photovoltaikanlagen auf städtischen Liegenschaften inzwischen standardmassig berücksichtigt?

Wurden insbesondere die Berechnungsgrundlagen für Eigenverbrauch, Rücklieferung, Netznutzung und Amortisation an die seit 2026 geltenden Rahmenbedingungen angepasst?

Falls nein: Weshalb nicht und bis wann ist dies vorgesehen?

Begründung:

Die Energiewende ist besonders überzeugend, wenn ökologische und wirtschaftliche Interessen zusammenfallen. Die Stadt Langenthal investiert öffentliche Mittel in die Produktion von erneuerbarem Strom. Aus grünliberaler Sicht gehört zu einer konsequenten Energiepolitik deshalb nicht nur der Ausbau der Photovoltaik. Ebenso wichtig ist, dass der produzierte Strom intelligent genutzt und die getätigten Investitionen möglichst wirtschaftlich betrieben werden.

Mit LEG besteht erstmals die Möglichkeit, die Stromproduktion auf städtischen Liegenschaften stärker als Gesamtsystem zu betrachten. Ein Gebäude mit grossem Solarpotenzial und geringem Eigenverbrauch kann Strom produzieren, der andernorts innerhalb des städtischen Gebäudeparks benötigt wird. Dadurch können bestehende Anlagen besser genutzt und die Wirtschaftlichkeit künftiger Investitionen verbessert werden.

Die Photovoltaikanlage auf der Schiessanlage Weier zeigt diese Ausgangslage exemplarisch: Sie verfügt über ein hohes Produktionspotenzial bei vergleichsweise geringem Eigenverbrauch am Standort. Bereits bei der Kreditbewilligung wurde deshalb auf die künftige Nutzung des produzierten Stroms in anderen städtischen Liegenschaften mittels LEG hingewiesen.

Weier ist jedoch nur ein Beispiel. Entscheidend ist die übergeordnete Frage, welches Potenzial sich ergibt, wenn sämtliche geeigneten städtischen Produktions- und Verbrauchsstandorte gemeinsam betrachtet werden. Seit 2026 steht das Instrument der LEG zur Verfügung. Gleichzeitig haben sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Rücklieferung von Solarstrom verändert. Es ist deshalb sowohl energiepolitisch als auch finanzpolitisch sinnvoll zu prüfen, ob lokal mit öffentlichen Mitteln produzierter Solarstrom innerhalb geeigneter LEG einen höheren Nutzen erzielen kann als durch die Einspeisung von Überschüssen ins Netz.

Die Stadt soll deshalb vom Prüfen ins Umsetzen kommen und transparent aufzeigen, welches Gesamtpotenzial LEG für Langenthal bieten, wie dieses ausgeschöpft werden soll und wie dadurch sowohl die lokale Energiewende als auch die Wirtschaftlichkeit der städtischen Investitionen verbessert werden können."

Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 24. August 2026

In eigener Sache

Stadtratspräsident Diego Clavadetscher (FDP): Wir sind am Ende dieser Sitzung und ich möchte hier die Gelegenheit nutzen, Sandro Baumgartner, ein verdientes Ratsmitglied, das sich vorher als Fraktionspräsident bereits selbst verabschiedete, zu würdigen. Dazu liegt mir auch Demissionsschreiben vor, das zwar nicht auf heute und auch nicht auf morgen, dafür aber auf den 30. September 2026 datiert ist, weil dazwischen keine weitere Stadtratssitzung stattfindet. Sandro Baumgartner setzte sich heute noch einmal mit einem Feuerwerk in Szene, und zwar nicht nur in Szene, sondern beeinflusste eben auch mit konstruktiven Beiträgen die Qualität unseres Stadtrats. Das ist das, was dich in all diesen Jahren auszeichnete, als ich und wir alle mit dir zusammenarbeiten durften. Wir freuen uns, dass du uns im Saal erhalten bleibst, einfach mit um 90 Grad oder 270 Grad geänderter Blickrichtung, je nachdem, wie man es anschaut. Herzlichen Dank, Sandro, für deinen grossen Einsatz für unsere Stadt. Damit schliesse ich die Stadtratssitzung. Wir sehen uns voraussichtlich am 19. Oktober 2026 wieder, über die genaue Zeit und die Traktanden werden wir euch rechtzeitig informieren. Ich wünsche euch einen schönen Abend und bis dann eine gute Zeit. Die Sitzung ist um 21.45 Uhr geschlossen.